Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 10,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 11,50 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld.
Einzelnummer 50 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 60 Pfg., im Reklameteil 3,00 Mk., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Mappenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 11 — Freitag den 13. Januar 1922 — 48. Jahrg.

Demission des Briand-Kabinetts — Poincaré Briands Nachfolger!

Der Dolchstoß Poincarés.

Die französischen und englischen Zeitungskorrespondenten berichten über das herrliche Vorfrühlingswetter in Cannes. Es wird erzählt, wie Briand von Lloyd George das Golfspiel erlerne. Auch die politischen Berichte klangen zuversichtlich. Das ganze erweckte den Anschein, als ob es sich um eine harmlose Zusammenkunft im Grünen, um eine schöne Vorfrühlingsidylle handele. Dieser stille Frieden hat nicht lange gedauert! Über der Lichtstadt Paris war plötzlich eine dunkle Wolke aufgestiegen, dumpfes Donnerrollen wurde in Cannes hörbar. Briands politische Gegner, an ihrer Spitze Raymond Poincaré, haben dieses nicht ungefährliche Vorfrühlingsgewitter inszeniert. Während Briand mit Lloyd George frühstückte, und während Lloyd George die geschickte Hand Briands lobte, waren die Deputierten und Senatoren im Palais Bourbon, in der Kammer, im Palais Luxemburg, im Senat und auch im Elysée beim Präsidenten Millerand tätig. Die Stunde der Opposition war günstig, also mußte sie genutzt werden. Und den ersten Dolchstoß hat Poincaré selbst geführt. Als Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat er es verstanden, eine Resolution durchzudrücken, die so gehalten war, daß Briand plötzlich seine Koffer packen und nach Paris eilen mußte.

Damit, daß die französischen Ansprüche unangetastet und unberührt bleiben sollten, damit hat man sich im Senatsausschuß nicht zufrieden gegeben. Das Londoner Ultimatum selbst, dieser irrsinnige Zahlungsplan, sollte unverändert aufrecht erhalten bleiben, und irgendwelche Änderung, die aus Vernunftsgründen erfolgen muß, bedeutete für die französische Opposition ein Sakrileg. Auch das englisch-französische Bündnis hatte große Befürchtungen erregt, da man vermutet, daß dieses Bündnis nur eine Etappe auf dem Wege zur allgemeinen europäischen Verständigung darstellen könne. Wenn Frankreich mit England ein Bündnis schließt, so will es dieses Bündnis als eine Kompensation dafür, daß es feierzeit auf die Annexion des linken Rheinufers verzichtet hat. Frankreich oder die französische Opposition will aber kein Bündnis, das unter Umständen ein Hemmschuh für die französische Gewaltpolitik gegen Deutschland, für die Politik der widerrechtlichen Sanktionen sein könnte.

Briand ist es nicht gelungen, die hochgehenden chauvinistischen Wogen in der französischen Kammer zu glätten. Seine Ausführungen wurden dort mit ironischem Beifall aufgenommen und Briand zog schnell die Konsequenzen dieser „parlamentarischen Undankbarkeit" und demissionierte. Was sind die Folgen dieser Demission? Zunächst das Scheitern der Cannes Konferenz! Denn es hat keinen Zweck, ohne Frankreich weiter zu verhandeln. Die übrigen französischen Delegierten und Sachverständigen verlassen die schönen und sonnigen Gefilde von Cannes und reisen nach Paris. Lloyd George, der so plötzlich Vereinsamte, kann seinen Garantievertrag wieder in die Tasche versenken; er verläßt ebenfalls Cannes und damit ist das Schicksal der Konferenz besiegelt.

Wird der Rücktritt des Kabinetts eine weitere Isolierung Frankreichs auslösen oder auch die Wirtschaftskonferenz in Genua in Frage stellen? Darüber wird hoffentlich schon die nächste Zeit Aufschluß geben.

Für Deutschland begann die Konferenz von Cannes mit der leisen Hoffnung für den Sieg der politischen Vernunft und endete mit dem Triumph des brutalen französischen Siegerwillens! Zu einer Verständigung, die schon in Schweite zu spüren war, hat es demnach noch weite Wege. Das ist für Europa und im besonderen für Deutschland überaus schmerzlich. Aber es ist doch schließlich nur ein Rückschlag, mit dem gerechnet werden mußte. Die Verständigung selbst läßt sich nicht aufhalten, sie kommt, weil sie kommen muß . . .

*

Briand vor der französischen Kammer.

Aus Paris wird uns vom Freitag berichtet: Nach einer Antrittsrede des wiedergewählten Präsidenten Raoul Peret ergriff

Ministerpräsident Briand

das Wort, um eine Erklärung abzugeben. Die Kammer ist stark besetzt. Mehr als 500 Abgeordnete sind anwesend. Briand beginnt damit, zu erklären, ob es nicht Pflicht des Vertreters Frankreichs sei, sich jetzt anderwärts zu befinden (Widerspruch rechts.) Aber er habe gestaucht, es sei seine Pflicht, dem Lande und dem Parlament die Wahrheit zu sagen, um die lügenhaften Nachrichten zu widerlegen. Seitdem er auf der Konferenz in Cannes weile, seien Nachrichten verbreitet worden, die unrichtig seien. Briand erinnert an die Erklärungen, die er als Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Kloß gegeben hat, und fährt fort, die Regierung stellt das Parlament nicht vor vollendete Tatsachen. Sie gebe Auskünfte über die Verhandlungen, was noch wenige Regierungen getan hätten. Sie gebe Erklärungen ab, während die Konferenz noch mitten in den Arbeiten stehe. Ob die Verhandlungen erweitert werden, ist nicht sicher, aber es scheint nötig zu sein, um die Beunruhigung der öffentlichen Meinung zu verscheuchen. Man spricht viel vom Frieden, aber es genügt nicht, davon zu reden. Man muß auch den Mut haben, die erforderlichen Taten zu unternehmen, damit er realisiert werden kann. Sonst könnten die Völker noch lange auf ihn warten. Für ein Volk wie das französische genüge es nicht, daß seine Grenzen garantiert seien. Es gibt Grenzen, die noch kein Friedensvertrag anerkannt hat, über die jeden Augenblick ein Krieg sich entspinnen kann. Frankreich kann sich nicht desinteressieren, denn wenn das heute kommt, kann es morgen ein Opfer werden. Es ist eine Notwendigkeit für die Völker, sich zu vereinigen, um Ordnung in diese Unordnung zu bringen und Sicherheit in dies Chaos. Der Versailler Friedensvertrag kann nicht den Gegenstand einer Diskussion bilden, und die Garantien, die die Sicherheit Frankreichs gewährleisten sollen, stehen außerhalb der Debatte. Davon kann man nicht abgehen. Die Tagesordnung der Konferenz von Genua sei wirtschaftlicher Art. Was hätte man von den Vertretern Frankreichs gesagt, wenn ohne sie entschieden worden wäre? Der Ministerpräsident wird von verschiedenen Seiten unterbrochen, fährt aber fort, er sei überzeugt, daß, wenn Deutschland gewußt hätte, daß ein Bündnis zweier Großmächte wie Frankreich und Großbritannien bestanden hätte, es nicht zum Kriege gekommen wäre. Was die Reparationen aber betreffe, so habe die Reparationskommission das Recht,

mit Mehrheit Zahlungsaufschub zu bewilligen.

Frankreich habe in dieser Kommission nicht die Mehrheit, es hänge nicht von ihm ab, ob das Moratorium bewilligt oder abgelehnt werde. Er könne aber nur sagen, daß die Mehrheit für das Moratorium feststehe. (Bei dieser Äußerung kommt es zu stürmischen Szenen. Einige Abgeordnete auf der Rechten rufen: Briand muß vorsichtiger sein, wenn er Auskunft gibt!) Es ist eine Tatsache: es gibt eine Mehrheit, die bei jetzt geltenden Zahlungsplan abändern will. (Leon Daudet ruft dazwischen: Das ist bedauernswert!) Briand wartet einige Minuten, bis sich der Lärm legt. Der Kammerpräsident fordert die Kammermitglieder auf, den Ministerpräsidenten in Ruhe anzuhören. Briand fährt fort: . . . . weil es unmöglich ist, diesen Zahlungsplan zu verbindern, ist die französische Regierung bemüht die französischen Interessen sicherzustellen. Wenn der Zahlungsplan für 1922 abgeändert sei, welche Garantien habe man dann, damit die Lage nicht 1923 die gleiche werde. Wenn der Zahlungsplan abgeändert werden müßte, verlange Frankreich, daß Garantien gegeben würden, um zu kontrollieren, daß Deutschland das unternehme, was es bis jetzt noch nicht getan habe. Darüber sind die freundschaftlichen Verhandlungen in Cannes geführt worden. England bringe ein großes Opfer, wenn Belgien und Frankreich dankbar seien. Briand wird von der Rechten unterbrochen. Er gibt seiner Entrüstung Ausdruck, daß politische Absichten in die Debatte hineingetragen würden. Er wolle sich nicht, daß diese ungünstigsten Angelegenheiten gegen die Regierung ausgefeert würden, während man über Oberschlesien, Ruhrort und Düsseldorf und andere günstige Lösungen schweige, weil man dies alles rasch vergessen habe. Es sei ja sehr leicht, zu behaupten, die Regierung gebe die Rechte Frankreichs preis, aber er wünsche, daß das Volk und das Parlament aus der Atmosphäre der Beunruhigung herausklären.

Als auf die letzten Worte Briands ironischer Beifall bemerkbar wird, macht Briand Miene,

die Kammertribüne zu verlassen.

Der Kammerpräsident hält ihn zurück. Briand fährt fort, indem er sich über die Lage in Deutschland ausspricht. Redner geht alsdann dazu über, von der französisch-englischen Allianz zu sprechen, die für die beiden Länder von Nutzen sei. Unter diesen Umständen habe er die Verhandlungen mit Lloyd George begonnen. Er habe seinem englischen Kollegen klar gemacht, daß es nicht im Interesse Frankreichs, sondern im gemeinsamen Interesse von Frankreich und England liege, einen Vertrag abzuschließen, da die Grenze Frankreichs mit Deutschland auch die Grenze Englands sei. Er habe geglaubt, die wünschenswerte Autorität zu besitzen, um im Namen Frankreichs zu sprechen, aber . . . . (Briand macht eine Bewegung, daß er entmutigt sei) er habe nicht das Recht, auf einen Kampfposten zu treten, wenn er nicht gewärtig sein wolle, einen Dolchstoß zu erhalten. Der Ministerpräsident müsse eine völlig unantastbare Autorität haben. Er könne nicht sagen, daß er die nötige moralische Kraft besitze. Er habe von weitem gefühlt, daß er nicht das volle Vertrauen besitze, er bleibe aber dabei, daß die Verhandlungen mit den Alliierten Frankreichs nützlich seien. Zu seinem Kummer sei leider die Interessen Frankreichs vernachlässigt worden, aber jetzt seien eine Anleihung durch Gewährung von Abertenerungszuschüssen stattfinden.

verläßt mit allen Ministern die Kammer.

Die Sozialisten fordern: Auflösung! und der Kammerpräsident hebt die Sitzung auf, die er unter allgemeiner Erregung um 4,40 Uhr auf Donnerstag vertagt.

Nachdem Briand in der Kammer seine Erklärungen abgegeben hatte, in der er seine Haltung in Cannes rechtfertigte, begab er sich ins Elysee, um die Demission des Ministeriums mitzuteilen.

Der Präsident der Republik, Millerand, hat die Demission des Kabinetts Briand angenommen.

Poincaré mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Telegr.) Präsident Millerand berief gestern abend Poincaré ins Elysee und ersuchte ihn, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Poincaré erklärte, er werde heute mit mehreren seiner Freunde Rücksprache nehmen und im Laufe des Tages dem Präsidenten antworten.

Das Ende der Konferenz in Cannes.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Telegr.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Cannes: Minister Loucheur hat die Demission des Kabinetts im Laufe der Sitzung des Obersten Rates gegen 5 Uhr nachmittags erfahren. Er erklärte den Chefs der alliierten Delegationen, er befinde sich in der Notwendigkeit, Cannes zu verlassen. Trotz des Erbittens Lloyd Georges beharrte Loucheur dabei, abzureisen. Der Oberste Rat hat die Mitglieder der Reparationskommission angewiesen, um nach Loucheurs Abreise die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern fortsetzen zu können. Erst nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts kann die Rede von einer Einberufung eines neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegation verließ gestern abend mit Loucheur Cannes. Der Rest reist heute abend ab. — Lloyd George verläßt Cannes am Sonntag.

Englands Auffassung über den Pariser Kabinettswechsel.

London, 13. Jan. (Priv.-Telegr.) Die Londoner Politik sah, wie früher berichtet, Briands Sturz bei dem Verlaufe der Reparations-

Briand demissioniert endgültig.

Paris, 13. Jan. Briand erklärte gestern abend Pariser Journalisten, sein Entschluß, zurücktreten, sei endgültig. Er würde unter den gegenwärtigen Umständen nicht bereit sein, das Amt des Ministerpräsidenten wieder zu übernehmen. Man könne nur mit einer festen Mehrheit, die mit der Regierung zusammenarbeite, die Geschäfte führen. Besonders unter den gegenwärtigen ernsten Umständen sei diese Mitarbeit unerläßlich. Er — Briand — habe nicht den Eindruck gehabt, daß diese Mehrheit die Regierung kräftig genug unterstütze. Es sei nicht genug, daß nach einer Rede applaudiert werde. Briand sprach sein Bedauern aus, daß die Ergebnisse, die man in Cannes erzielt habe, nicht richtig abgeschätzt worden seien. Schon bezüglich der Reparationen hätten die Alliierten Frankreichs zu opfern bereit erklärt, ohne daß die Rechte Frankreichs im geringsten vermindert wurden. Was die Besprechungen mit England angehe, so hätten diese zu einem Vorentwurf geführt, der hervorragenden Wert für die Sicherheit der beiden Länder und für den festen Bestand ihrer gegenseitigen Beziehungen darstelle. Briand hob hervor, daß dieser Vorentwurf die Sicherheiten, die den Vertrag von Versailles Frankreich biete, ganz und gar nicht vermindere. Sie seien beträchtlich verstärkt. Er habe die bestimmte Hoffnung, daß sein Nachfolger die diplomatischen Besprechungen zu Ende führen werde. Briand sagte zum Schluß, er sei gezwungen gewesen, seine Demission zu geben, weil er andernfalls der Diskussion der angekündigten Interpellationen hätte zustimmen müssen. Auf die Interpellationen würde er aber nicht haben antworten können. Ebenso wäre es ihm unmöglich gewesen, den Schluß der Debatte abzuwarten, ohne daß die Arbeiten des Obersten Rates unterbrochen würden, und das letztere sei unmöglich gewesen.

Die Formalitäten für den Abschied des Kabinetts Briand.

Paris, 13. Jan. (WTB.) Die letzte Zusammenkunft der Minister des Kabinetts Briand mit dem Präsidenten der Republik Millerand hat von 4 Uhr 35 Min. bis 5 Uhr 5 Min. nachmittags gedauert. Briand unterrichtete den Präsidenten der Republik über den Verlauf der Kammersitzung und kündigte ihm seinen endgültigen Entschluß an, zurückzutreten. Gleichzeitig übergab er ihm die Kollektivschreiben der Kabinettsmitglieder. Dies Schreiben ist kurz und in der üblichen Form gehalten. Präsident Millerand nahm die Demission an, sprach in bewegten Worten sein Bedauern über den Abschied Briands aus und dankte den Kabinettsmitgliedern für ihre Mitarbeit. Er bat die Mitglieder der Regierung, die Geschäfte bis zur Behebung der Krise fortzuführen. Beim Verlassen des Elysees erklärte Briand: Meine Demission ist endgültig. Ich hätte nur an die Spitze einer Regierung treten können, wenn ich das Gefühl gehabt hätte, daß man mich besser unterstütze. Er fügte hinzu, er werde selbstverständlich nicht nach Cannes zurückkehren. Seine Demission werde aber früher nicht das Zustandekommen der Konferenz von Genua in der vorgesehenen Weise verhindern.

Briands Abschied an Lloyd George.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Telegr.) Briand hat an Lloyd George im Verlaufe des gestrigen Abends folgendes Telegramm gesandt: „Angesichts der politischen Umstände, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es mir nicht möglich sei, den Plan als Ministerpräsidenten weiter inne zu haben. Nachdem ich die Demission des Kabinetts dem Präsidenten der Republik übergeben habe, kann ich nicht mehr nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte Sie, diese Tatsache unseren Delegierten-Kollegen mitzuteilen und ihnen gleichzeitig mit meiner Entschuldigung das Bedauern auszudrücken zu wollen, das ich empfinde, daß ich die Mitarbeit mit ihnen aufgeben muß. Was Sie, mein lieber Herr Lloyd George angeht, fühle ich mich besonders peinlich berührt, daß ich nicht mit Ihnen die Unterhaltungen zu Ende führen konnte, die wir im Interesse unserer beiden Länder und im Interesse des Friedens in Europa begonnen hatten und die ich so glücklich gewesen wäre, zu einem guten Endresultat zu führen. Ich hoffe, daß mein Nachfolger diese Unterhaltung mit Ihnen wieder aufnehmen wird und daß er glücklicher als ich, die Ziele verwirklichen kann, die wir im Auge haben. Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner besten und ergebensten Gefühle entgegenzunehmen."

Frankreich in der Klemme.

Paris, 13. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Bei der Übernahme des Amtes des Präsidenten des Senates hielt Leon Bourgeois eine Rede, in der er zunächst auf die schwierige finanzielle Lage Frankreichs zu sprechen kam und andeutete, daß möglicherweise eine weitere Erhöhung der Steuersätze nötig sein werde, eine Verminderung der Ausgaben und eine energische Reform der Verwaltungsmethode im Sinne einer Vereinfachung und Dezentralisation. Die ernsteste Frage der auswärtigen Politik sei die der Ausführung des Friedensvertrages. Tatsächlich sei er bis heute auch noch nicht ausgeführt. Frankreich hat bis heute das, worauf es Anspruch habe, nicht erhalten. Deutschland erkläre, daß es nicht zahlen könne. Die Unrichtigkeit dieser Versicherung springe in die Augen (?). Deutschland besitze im Auslande beträchtliche Werte. Während Deutschland einen Teil seines Aktivums verschleudere, reinvestiere es sich im Innern des Landes freiwillig (!), indem es unablässig seine Ausgaben vermehre und es ablehne, seine Steuerlasten ebenso hochzuschrauben, wie sie in Frankreich seien. Dabei sei die Wirtschaftskraft Deutschlands im wesentlichen ungeschwächt. Seine Taktik sei klar: Deutschland sei nur darauf aus, die Alliierten zu verunreinigen. Es sei sicher, daß es seine Regierung in Frankreich gebe, die eine Verminderung der Ansprüche Frankreichs, die sich aus dem Zahlungsstatut ergeben, zustimmen würde.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Bourgeois auf die Konferenz von Cannes zu sprechen und äußerte die Hoffnung, daß sie zu einem Bündnis zwischen Frankreich und England führen werde. (Beifall.) Zum Schlusse kam Redner auf die obsessionelle Kampfwaffe zu sprechen, die gegenwärtig gegen Frankreich zu dem Zweck geführt werde, es zu isolieren und sein moralisches Ansehen zu schwächen. Er legte Verwahrung ein gegen den Vorwurf des Militarismus und Imperialismus. Frankreich sei immer für die Verteidigung des Rechtes und der Freiheit eingetreten.

Dr. Rathenau vor dem Obersten Rat.

Paris, 13. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Über den Bericht Rathenaus vor dem obersten Rat berichtet Havas: Dr. Rathenau hat im Namen der deutschen Regierung vor dem Obersten Rat Erklärungen zu der Frage der Wiedergutmachungen abgegeben. Er erklärte, Deutschland sei bereit, eine Ökonomie der Reichsbank herbeizuführen. Deutschland sei auch ferner bereit, sich an der Wirtschaftskonferenz in Genua zu beteiligen, ebenso am Wiederaufbau Rußlands durch wirtschaftliche und technische Mitarbeit. Der Oberste Rat antwortete nicht. Lloyd George dankte Dr. Rathenau für seine Ausführungen und teilte ihm mit, eine Antwort auf seinen Bericht würde durch die Reparationskommission erfolgen.

Die Aufbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches beschlossen.

Berlin, 13. Jan. (Ztr.-Telegr.) Die mehrtägigen Verhandlungen über die durch die Teuerung weiter nötig gewordenen Aufbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches sind gestern abend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt worden. Zwischen den Vertretern der Regierung und den Beauftragten der Organisationen wurde unter Zurückstellung weitgehender Wünsche ein Einvernehmen erzielt, das einen Ausgleich zwischen den für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gemäßten Verbesserungen festlegt. Auch die Pensionäre, die Beamten im Vorbereitungsdienste, die Pensionäre und die Hinterbliebenen sollen an den Verbesserungen in entsprechender Weise teilnehmen. Einzelne Fragen werden noch in besonderen Verhandlungen erledigt werden. Die Regierung wird bestreben sein, dem Reichstag die notwendige Vorlage bei seinem Wiederzusammentritt zu unterbreiten, in daß im Falle der Genehmigung der erhöhten Bezüge diese in Bälde zur Auszahlung kommen können.

Die Aufbesserungen für die Staatsarbeiter wurden wie folgt festgesetzt: 1. Am 1. Januar 1922 erhalten die Reichs- und Staatsbediensteten über 20 Jahre eine Stundenlohnerhöhung von 75 ₰, 2. als Stichtag gilt der 12. Dezember, d. h. wer zu diesem Zeitpunkte im Dienste der Verwaltung stand, erhält diese Bezüge: 3. in allen Fällen, wo der Lohn der Privatarbeiter höher ist als der der Eisenbahner, sei eine Anleihung durch Gewährung von Abertenerungszuschüssen stattfinden.

kriffs in Betracht. Ob die englische Ansicht zutreffe, daß ein Pariser Kabinettswechsel die Lage in gewisser Beziehung erleichtern könne, bleibt abzuwarten. Jedenfalls macht die vollendete Tatsache einen beträchtlichen Eindruck, zumal, da die englische Presse bis gestern auffallend optimistisch war. Die britische Politik wird an den bisherigen Grundlinien festhalten, wenngleich eine praktische Lösung einen Ausschuß erleidet.

Kabinettssitzung in Berlin.

Berlin, 13. Jan. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Gestern nachmittag war die Reichsregierung zu einer Kabinettssitzung zusammengetreten. Während der Sitzung wurde dem Reichskanzler die Meldung vom Rücktritt des Kabinetts Briand überbracht, worauf die Regierung sofort in die Beratung über die durch den Rücktritt veränderte Lage eintrat.

*

Rathenaus Ausführungen vor dem Obersten Rat.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Telegr.) In der gestrigen Sitzung des Obersten Rates in Cannes sprach Rathenau in französischer Sprache. Er übersetzte seine Rede gleich Satz für Satz ins Englische. Er teilte zuerst mit, daß Deutschland am 15. Januar 75 Millionen und am 15. Februar 93 Millionen zahlen könne, obwohl diese Zahlungen die wirtschaftliche Lage sehr ungünstig beeinflussen müßten. Die deutsche Regierung sei weiter bereit, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. Sie sei bereit, die Steuern für 1921/22 zu verdoppeln, die Fehlbeträge bei der Post und Eisenbahn zu beseitigen und die Zuschüsse für die Verbilligung des Brotes einzustellen. Ob aber solche Maßnahmen zu dem gewünschten Ergebnis führen würden, sei zweifelhaft, da man immer wieder mit Schwankungen der deutschen Valuta rechnen müsse. Lloyd George rief bei diesen Worten: „Das ist ein Circulus vitiosus". Rathenaus Rede vor dem Obersten Rat deckt sich also im wesentlichen mit seinen Ausführungen in der Reparationskommission der Sitzung.

Die Konferenz von Cannes unterbrochen.

Cannes, 13. Jan. (WTB.) Deutscherseits wird offiziell mitgeteilt: In der gestrigen Nachmittagssitzung des Obersten Rates beendete Reichsminister a. D. Dr. Rathenau seine Ausführungen, in denen er besonders die von der Reichsregierung ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten darlegte. Während der Sitzung ging aus Paris die Nachricht vom Rücktritt Briands ein, worauf Loucheur den Obersten Rat verließ. Nach Verdingung der Ausführungen Dr. Rathenaus erklärte der Vorsitzende, Lloyd George, daß angesichts des Fehlens einer alliierten Regierung die Beschlußs- und Verhandlungsfähigkeit des Obersten Rates zweifelhaft sei. Die Frage müsse erst in einer internen Beratung geklärt werden. Die Sitzung wurde darauf gegen 6¼ Uhr vertagt.

Keine Illusionspolitik!

Von Dr. Hermann Fischer (Köln), M. d. R.

Wer in diesen Tagen die Stimmungsbilder der deutschen Presse über Cannes und die dortigen Erfolgsmöglichkeiten zusammenstellt, wird zu dem Ergebnis kommen müssen, daß wir in Deutschland in der Beurteilung der politischen Dinge wenig, ja eigentlich gar nichts zugelernt haben. War die öffentliche Meinung früher und insbesondere während der Kriegszeit ein freies Feld der Illusionen und Phantasien auf Kosten nüchterner Vernunft, so läßt sich leider nicht behaupten, daß in den letzten Jahren sich daran irgend etwas geändert hätte. In der Vorherrschaft der Illusion liegt die gefahrdrohende Quelle aller innen- und außenpolitischen Beunruhigungen, liegen die Ursachen, die zielbewußte, stetige Arbeit am Wiederaufbau verhindern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Illusionspolitik uns auch jetzt wieder gefährliche Trugbilder vorgaukelt. Der Begriff „Revision der Reparationen" wird schlechthin identifiziert mit dem Begriff „Erleichterung der Lasten". Und doch müssen wir uns darüber klar sein, daß Cannes zwar nicht den Beginn unserer Not — der liegt im Weltkrieg, im Versailler Vertrag — wohl aber den Beginn der rücksichtslosen Wirksamkeit der Not für Lebenshaltung, Arbeitsleistung, Kulturanteil jedes deutschen Volksgenossen darstellt. Jetzt erst beginnt die Zeit, in der auch die, die wohl von der Not sprachen, tatsächlich aber noch im Erträglichen lebten, wahrhaft empfinden werden, Glieder, Bürger eines in dem Chaos des Weltkrieges zusammengebrochenen Volkes zu sein. Jetzt erst beginnt im tiefsten Sinne des Wortes eine neue Prüfung der Stärke der nationalen Empfindung jedes Deutschen, jetzt erst beginnt die Hergabe aller Kraft ohne Gegenleistung zum Besten der nationalen Zukunft, diese stillschweigende Hingabe des Einzelnen an den Staat, welche die heiligste Pflicht des Staatsbürgers ist. Jetzt beginnt die Prüfung jenes verpflichtenden Gedankens Fichtes: Deutsch sein heißt Charakter haben.

Denn in Cannes wird nicht revidiert, was auf uns lastet; revidiert werden die Dinge, die als Auswirkung der wirtschaftlichen Unvernunft des Londoner Ultimatums auf den anderen lasten. Das Teilmoratorium für Goldzahlungen für Deutschland geht so weit, soweit die internationalen Sachverständigen mit einer Devisenaufbringung von deutscher Seite ohne schwere nochmalige Erschütterung des internationalen Finanzmarktes glauben rechnen zu können. Die Grenze der Sachleistungen wird so weit bemessen, so weit es den alliierten Sachverständigen notwendig erscheint, ein Abflußventil für die deutsche Wirtschaftskraft bei günstiger Konjunktur vom Weltmarkt vorzusehen, um den alliierten Volkswirtschaften die Nutzung dieser Konjunkturen weitestgehend zu sichern. Und wenn schon jetzt angedeutet wird, daß auf der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz in Genau über Deutschlands Anteil am osteuropäischen Wiederaufbau Bestimmungen getroffen werden sollen, wenn gleichzeitig das Gutachten der englischen Industriellen mit der Forderung auf Übernahme deutscher Sachwerte zur Sicherung eines handels- und produktionspolitischen Einflusses auf Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung stärker in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt wird, so rundet sich der Revisionsplan der Alliierten zu dem Plan ab: Deutschlands Wirtschaft ausschließlich in ihre Nutzung zu stellen, die Selbständigkeit deutscher wirtschaftlicher und politischer Entwickelung auszuschalten.

Es ist ein Hohn auf die ursprünglichen Vorbedingungen des Waffenstillstandes, die Wilsonschen 14 Punkte, auf die Grundsätze des Rechts und der Selbstbestimmung aller Völker, was hier seinem Abschluß zugeführt werden soll. Die staatliche Selbständigkeit wird zum Hohn, wenn man dem Staate jede Möglichkeit nimmt, sein Eigenleben entsprechend der Geschichte, Kultur und Wirtschaft seines Volkes zu leben. Denn was sind die innenwirtschaftlichen Folgen aller dieser „Revisionen"? Die Einstellung unserer hauptsächlichsten Wirtschaftskräfte, die über das Maß des lebensnotwendigen Bedarfs des Volkes hinaus wirksam sind oder noch wirksam gemacht werden können, auf Sachleistungen und osteuropäischen Aufbau führt zwangsläufig zu einer Umgestaltung der deutschen Industrieproduktion von der Qualitäts- auf die Quantitätserzeugung. Schon allein hierdurch würde sich eine die Zukunft der Nation gefährdende Herabdrückung des Kulturniveaus des Volkes, insbesondere der arbeitnehmenden Schichten, ergeben. Würde die produktionspolitische Umstellung sich aber wohl nur in einem Zeitmaß durchsetzen, das die schlimmsten Auswirkungen durch sozialpolitische Vorbeugungsmaßnahmen mildern läßt, so treten einige weitere Forderungen der Alliierten hinzu, die diesen Sturz auf ökonomischem Gebiet sofort herbeiführen. Denn welche ungeheuren Auswirkungen würde es für unsere Wirtschaft und insbesondere für die wirtschaftlich Schwachen haben, wenn in kürzester Frist auf Wunsch der Alliierten die Inlandspreise an Weltmarktpreisen angeglichen werden müßten, wenn also die innere Kaufkraft der Mark auf das Niveau der internationalen Markvaluta gedrückt würde? Die Frage ergibt eine zu eindeutige klare Antwort, als daß es notwendig erscheinen könnte, diesen Gedanken an dieser Stelle zu Ende zu führen.

Wenn es mir bei Betrachtung dieser Dinge nicht möglich ist, optimistischerer Auffassung das Wort zu reden, so hat dies seine Ursache auch noch in der Beurteilung der Quellen des englischen Revisionswollens. Ich denke hier nicht an Keynes, Morel und andere Vorkämpfer des Gedankens grundsätzlicher Revision, sondern ausschließlich an die Revisionspolitik des jetzigen englischen Ministeriums. Die beiden wesentlichen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der englischen Kriegspolitik sind erreicht: die deutsche Handelsflotte besteht als Machtfaktor auf dem internationalen Frachtenmarkt nicht mehr, der deutsche Kolonialbesitz ist Deutschland genommen. Die wesentlichsten weltpolitischen Ziele: Sicherung der Landverbindung Kairo—Kalkutta, Schließung des Ringes um den Indischen Ozean sind verwirklicht. Gefahr droht nur, wenn es Deutschland gelingt, durch grundsätzliche Revision des Versailler Vertrages die Neuverteilung des Schiffsraums der Welt auf Grund seines weltwirtschaftlichen Rechts, die Neuverteilung der Kolonialmandate auf Grund seiner nationalen und kulturellen Würdigkeit herbeizuführen. So lange es bei den Alliierten wirtschaftliche Schädigungen aus dem Versailler Vertrag gibt, die den Vertretern der Ideale des Rechts und wahrhafter Demokratie eine natürliche Gefolgschaft sichern, besteht die Möglichkeit der Verwirklichung des deutschen Verlangens. Diese Bewegung im eigenen Lager anzuheben, ist das Streben der englischen Politik. Aus diesem Streben ergibt sich der Konferenzplan von Cannes.

Daß man von England nichts erwarten darf, was uns schlechthin nützt, daß wir noch nicht einmal von der Voraussetzung ausgehen dürfen, daß die derzeitige Willensrichtung der englischen Politik von dem Gedanken geleitet wird: wir müssen Deutschland irgendwie helfen, um unserer eigenen Interessen willen, zeigt deutlich die in ihrer Tragweite gar nicht zu übersehende Meldung, daß Lloyd George beabsichtige, in dem englisch-französischen Abkommen den Franzosen den Gedanken der Zurückziehung der Besatzungstruppen und der allgemeinen Abrüstung zu Lande dadurch erträglich zu machen, daß er für die Bildung eines rheinischen Pufferstaates eintritt. Noch möchte man an die Wahrhaftigkeit solcher Meldungen, obzwar sie in sonst zuverlässigen englischen Blättern zu lesen sind, nicht glauben, da eine so ungeheuerliche Demaskierung der Phrase „Revision" vor aller Welt uns unmöglich erscheint. Doch lehrte uns nicht Oberschlesien die ganze Ohnmacht des Rechts, die brutale Vorherrschaft der Gewalt erkennen?

Liegt auch in einer derartigen Beurteilung der Dinge eine nicht unerhebliche Kritik der derzeitigen Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth, so soll doch gleichzeitig betont werden, daß die unverantwortliche Polemik der Rechtspresse scharf zu verurteilen ist. Es ist ein gefährliches Spiel, daß von dieser Presse mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Gestaltung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse getrieben wird. Nur wer die Parteibrillen über alles stellt, wird bei der Betrachtung der derzeitigen Probleme zu dem Ergebnis kommen können, daß es für unser Verhalten der Entente gegenüber nur einen richtigen Weg gibt und daß nur der, der diesen Weg einschlägt, nationale Politik verfolgt. Wenn man die Schwierigkeiten der internationalen Situation und die schweren Hemmungen, die dem deutschen Wiederaufbau von außen entgegengestellt werden, voll einschätzt, wird man bereit sein müssen, auch jedem kleinen außenpolitischen Teilerfolg des Kabinetts Wirth als ein Ergebnis verantwortungsvoller nationaler Politik in seiner vollen Bedeutung anzuerkennen. Nur darüber wird man sich rückhaltlos klar sein müssen, daß wir in Cannes keine neuen Diktate entgegennehmen dürfen, die erneut politisch und wirtschaftlich Unerträgliches dem deutschen Volke auferlegen.

Wir stehen jetzt in Tagen schwerer neuer Entscheidungen. Noch wissen wir nicht, was sie uns Endgültiges bringen werden. Daß wir Zeiten schwerer Not entgegengehen, Notzeiten des ganzen Volkes, in denen niemand sich dem Druck der Zeit wird entziehen können, ist gewiß. Solche Zeiten können nur überlebt werden von einem starken und geeinten Volke. Wir müssen die Reihen schließen, beseelt von dem einen Willen, Deutschland durch diese Not hindurchzubringen, um künftigen Generationen das, was wir von den Vätern ererbt, zu neuem Aufbau zu erhalten. In solcher Zeit ist kein Raum für den Streit um Dogmen, um Umformung des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaftsordnung. Jetzt heißt nationale Pflichterfüllung: Einreihung in den Block des Aufbaues auf der Grundlage der demokratischen Republik.

Politische Uebersicht.

Beruhigung in Finnland.

Stockholm, 13. Jan. In Finnland hat sich die seit einigen Tagen gereizte Stimmung gegenüber Sowjetrußland gelegt. Die Regierung läßt erklären, daß sie nicht die Absicht habe, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abzubrechen. An Stelle des Moskauer Gesandten, der seine Stellung unmöglich findet, soll ein anderer Diplomat eingestellt werden. Der Außenminister läßt in der Öffentlichkeit durch eine nahestehendes Blatt kräftig abwiegeln.

*

4500 Hultschiner für Deutschland optiert!

Prag, 13. Jan. Im Hultschiner Gebiet haben über 4500 Personen für Deutschland optiert. Die Optionsfrist war am 10. Januar abgelaufen.

*

Wer ist schuld am Kriege?

Rotterdam, 13. Jan. Der schwedische Professor Almquist, Mitglied der neutralen Kommission, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Ursachen des Weltkrieges zu erkunden, um die Schuldigen festzustellen, hat in einem Pressegespräch erklärt, daß der Wunsch nach dieser Untersuchung von den Vereinigten Staaten ausgegangen sei. Die Arbeiten würden zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Die Kosten, die die Arbeiten verursachen, würden in Amerika durch private Sammlungen aufgebracht werden. Bisher sind norwegische, schwedische und holländische Mitglieder gewählt worden. Man erwartet aber, daß Spanien, die Schweiz und die südamerikanischen Republiken ebenfalls vertreten sein werden.

Deutschland.

Der Reichstag

wird am Donnerstag den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, wieder zusammentreten. Der auswärtige Ausschuß, dem Mitglieder angehören wird, ist noch nicht bekannt. Die Deutschnationalen fordern mit ungezügeltem Ungestüm seine Einberufung, die Regierung möchte aber verständlicher und verständiger Weise erst das Ergebnis von Cannes abgewartet wissen.

Provinz und Nachbarländer.

Römische Propaganda in Mitteldeutschland.

Halberstadt, 12. Jan. Am 6. Januar d. J. waren es 200 Jahre her, daß Papst Gregor XV. die römische Kongregation zur Verbreitung des Glaubens unter den Ungläubigen gründete unter dem Titel congregatio de propaganda fide. Dieser römischen Behörde untersteht das ganze ungeheure Gebiet der katholischen Missionen; auch die protestantischen Länder, Skandinavien, Nord- und Mitteldeutschland sind dieser Kongregation zur Bekehrung der Ungläubigen als apostolische Vikariate unterstellt. Die Propaganda verfügt über ungeheure Geldmittel. Allein aus dem deutschen Zweig des von den Jesuiten geleiteten allgemeinen Vereins zur Verbreitung des Glaubens und dem bayerischen Ludwig-Missionsverein sind ihr in den Jahren 1918 bis 1920 über 11 Millionen Mark zugeflossen.

Wie die römische Propaganda in Deutschland wirkt, sei mit einem Einblick in ihre Arbeit an einem ihrer Stützpunkte in Mitteldeutschland gekennzeichnet. Die Stadt Halberstadt zählt unter etwa 50 000 Einwohnern 4000 Katholiken. Für die Seelsorge dieser Katholiken sind zwei Pfarrgemeinden an zwei Pfarrkirchen errichtet mit vier und zeitweise mehr Seelsorgsgeistlichen. An der ehemaligen Dominikanerkirche (Katharinenkirche) wirken Weltgeistliche, reichlich aus der Diözese Paderborn. An der ehemaligen Franziskanerkirche (Andreaskirche) sind Franziskaner aus der niedersächsischen Ordensprovinz angestellt, so daß man von einer regelrechten Franziskanerniederlassung in Halberstadt sprechen muß. An sonstigen Ordensniederlassungen besteht seit längerem eine Gründung der grauen Schwestern von der hl. Elisabeth aus dem Mutterhaus in Breslau, die sich der Kranken- und Armenpflege widmen. Dazu haben sich im letzten Jahre Karmeliterinnen vom göttlichen Herzen Jesu aus dem Provinzialhaus in Charlottenburg zugesellt. Trotz der allgemeinen Wohnungsnot und wirtschaftlichen Mißlage haben die Katholiken in Halberstadt mehrere große Gebäude aufkaufen und für ihre Zwecke einrichten können: das Hotel „Goldenes Roß" am Breiteweg, das ehemalige Offizierskasino des Infanterie-Regiments Nr. 27 in der Spiegelstraße, das alte Kloster in der unteren Stadt, die frühere Kürassierkaserne. Es besteht auch der Plan, das alte Bistum Halberstadt als Titelbistum bischof erstehen zu lassen. Es ist so überreichlich für die Seelsorge der 4000 Katholiken in Halberstadt gesorgt und man hegt so weitreichende Pläne, daß man die Überzeugung gewinnen muß, Halberstadt sei zum Mittelpunkt der katholischen Propaganda in der Provinz Sachsen und damit in Mitteldeutschland auserseben.

Das Finanzwesen auf der Mitteldeutschen Ausstellung 1922 in Magdeburg.

Auf Veranlassung des Reichsfinanzministers trat im Magdeburg unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. h. c. Schwarz, ein Ausschuß zusammen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den finanz- und steuerwirtschaftlichen Problemen der Gegenwart auf der Mitmia die nötige Beachtung und Würdigung im Rahmen der Ausstellung angedeihen zu lassen. Reichhaltiges Anschauungsmaterial unserer Finanz- und Steuerbehörden die Reichsbank, die Großbanken und die Staatsbetriebe (Post und Eisenbahn) betreffend, wird das Verständnis vermitteln. Besondere Berücksichtigung erfahren die Kriegs- und Reparationskosten bei der Darstellung des Finanzbedarfes für das Reich, die einzelnen reichsdeutschen Staaten und die Kommunen. Als Ergänzung ist eine Veranschaulichung des Schuldenstandes — Aufbringung der Anleihen usw. — anzusehen. Das Gelbweiten an sich wird insofern besonderes Interesse erwecken, als neben anderem eine reichhaltige Notgeldsammlung zur Ausstellung gelangt, während das Benutzen einen Überblick über die Entwickelung des Bank-, Spar- und Depositenverkehrs, die bargeldlose Zahlungsweise und die dadurch erreichten Benutzungsmöglichkeiten und Vorteile gibt. Auch das Börsenwesen soll nicht unerwähnt bleiben, wobei die für das Wirtschaftsleben so schädliche „wilde Spekulation" gestreift wird. Auf die Kurs-Entwickelung der Wertpapiere, die Verschiebung der Geldwerte, die Devisenwirtschaft, insbesondere auf die Valutaverhältnisse und die Bedeutung des Dollarkurses wird eingehend aufmerksam gemacht.

Abtretung von Magdeburger Hafengelände und -Bauten an die Tschechoslowakei.

s. Magdeburg, 12. Jan. Nach dem Versailler Friedensvertrage ist Deutschland verpflichtet an die alliierten und assoziierten Mächte gewisses zur Schiffahrt mit bestimmten im Friedensvertrag näher bezeichneten Wasserstraßen erforderliches Eigentum abzutreten. Nachdem nun der von Amerika ernannte Schiedsrichter der Tschechoslowakei einen Teil der deutschen Tonnage an Schleppern und -kahnen zugesprochen hatte, beanspruchte die Tschechoslowakei auch einen Teil der Hafenanlagen von Magdeburg mit den dazu gehörigen Bauten, und zwar verlangte sie eine Kohlenstelle, zwei Lagerhäuser, Kaianlagen in einer Länge von 435 Metern, eine Anlegestelle, reichlich Krananlagen. Der amerikanische Schiedsrichter sprach der Tschechoslowakei ein Lagerhaus mit dazu gehörigen Krananlagen zu und gab im übrigen den beiden Regierungen auf, sich über die anderen Forderungen der Tschechoslowakei zu einigen. Ohne daß Vertreter der Stadt Magdeburg an den Verhandlungen hinzugezogen worden waren, schloß die deutsche Regierung mit der Tschechoslowakei ein Übereinkommen, wonach dieser ein Uferstreifen von 250 Meter Länge, der bisher an die Deutsch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft als Liegeplatz vermietet war, auf 30 Jahre verpachtet wurde. Die Stadt erhält jedoch keinen Pachtzins, er wird vielmehr kapitalisiert und der deutschen Schuld gutgeschrieben. Ferner muß die Stadt den Lagerschuppen „Station VIII", zwei elektrische Kräne und die dazu gehörigen Kranschienen der Tschechoslowakei eigentümlich übertragen. Diese hat sich verpflichtet, die gesamten Anlagen binnen Jahresfrist in das unbeschränkte Eigentum eines Privatbesitzers zu übertragen. In welcher Weise die Stadt Magdeburg für diesen Verlust in Höhe von vielen Millionen Mark entschädigt werden soll, ist noch nicht bekannt.

Nienburger Eisengießerei A.-G. in Nienburg.

Die gestrige außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 2,4 Millionen Mark Stamm- und 0,4 Millionen Mark Vorzugsaktien. Über die Aussichten wurde mitgeteilt, daß der Umsatz im ersten Halbjahr den Gesamtumsatz des Vorjahres schon übersteige und daß außerdem noch Aufträge vorlägen, die das gesamte Aktienkapital des Unternehmens übersteigen. Man könne daher mit einem günstigen Abschluß rechnen. Im Vorjahre wurden 18 Prozent verteilt.

Bestien!

Lockstedt, 13. Jan. Die 23jährige Tochter eines Straßenwärters hier war im vergangenen Jahr nach Uchtspringe geschickt worden, um in einer Irrenanstalt Aufnahme zu finden. Die Ärzte erklärten aber das Mädchen für normal. Seitdem hörte man von dem Mädchen nichts mehr. Durch einen Zufall ist es jetzt in furchtbarem Zustande zum Skelett abgemagert in einem Bretterverschlag aufgefunden worden, wohin der rohe Vater und die 26jährige Stiefmutter das Mädchen gebracht und gefangen gehalten haben. In diesem Verschlag hei das bedauernswerte Geschöpf fast ohne Kleidung und Nahrung nahezu ein Jahr zubringen müssen. Die beiden verbrecherischen Verwandten wurden verhaftet.

Vom Unglück verfolgt.

Steinach, 13. Jan. Dem Holzarbeiter Karl Luthardt-Kreß hier ist seit Jahren das Augenlicht stark beeinträchtigt. Der Krieg raubte seiner Familie einen Sohn. Bei der Beschäftigung an der Hobelmaschine seines Hausbetriebes mit Motorkraft wurde dem bedauernswerten Manne im Jahre 1917 die linke Hand abgeneutscht, und dieser Tage kam er mit der rechten Hand dem Getriebe der Hobelmaschine zu nahe, wobei auch diese Hand der Maschine zum Opfer fiel.

Eine Thüringer Wirtschaftshochschule.

Eisenach, 12. Jan. Zur Besprechung der Gründung einer Wirtschaftshochschule in Thüringen fanden sich hier Vertreter der Wissenschaften, der Thüringer Staatsregierung, der Industrie sowie des Handels- und Wirtschaftslebens ein. Die geplante Hochschule soll in einer engen Wechselwirkung von Theorie und Praxis mehr als bisher eine wirklich lebendige Vorbereitung in allen Zweigen unseres mannigfaltigen Wirtschafts- und Handelslebens vermitteln. Der Techniker soll hier seine vollständige Ausbildung ebenso erhalten wie der Verwaltungsbeamte und der Handelswirtschaftler. Die Vertreter der Thüringer Staatsregierung und Oberbürgermeister Dr. Karsten traten warm für die Förderung des großzügigen Planes ein, während der Rechtsbeistand der Thüringer Industrie, Dr. Becker, vor übereilten, nicht in allen Teilen festgegründeten Plänen und kleinlichen Anfängen warnte; auch konnte er hinsichtlich der finanziellen Unterstützung des Unternehmens durch die schwerbelastete Thüringer Industrie keine Versprechungen machen. Nach mehrstündigen Beratungen wurde die Bildung eines Ausschusses beschlossen, der vor allem einen eingehenden Voranschlag aufstellen soll. Um den Sitz der geplanten Wirtschaftshochschule bewirbt sich in erster Linie Eisenach, das mit dieser Anstalt einen Ersatz für die ihm genommene Forstakademie erhalten würde.

Schmuckdiebstahl in einem Leipziger Hotel.

Leipzig, 12. Jan. Am 8. Januar ist in einem hiesigen Hotel ein sehr wertvolles Kollier mit einem 3karätigen und vielen kleinen Brillanten abhanden gekommen, vermutlich gestohlen worden.

Internationale Eiskonferenz in Dresden.

Dresden, 12. Jan. Die zweite internationale Eiskonferenz wird im Februar in Dresden abgehalten werden und sich mit der endgültigen Aufstellung der Eisschiffahrtsorte befassen, durch die bekanntlich die Elbe internationalisiert werden soll.

Eine Arbeitnehmerkammer in Sachsen.

Dresden, 12. Jan. Sachsen wird voraussichtlich der erste Staat sein, der eine Arbeitnehmerkammer erhält. Sie soll nach dem vorliegenden Referentenentwurf aus 280 Mitgliedern bestehen, die auf drei Jahre von den vereinsmäßig organisierten Wirtschaftsvereinen von Arbeitern und Angestellten nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahlen gewählt werden. In der Hauptsache soll die Arbeitnehmerkammer gutachtliche Tätigkeit ausüben, aber auch, ähnlich wie der Reichswirtschaftsrat, Anträge an die Regierung stellen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

13. Januar.

** Immer wieder Schnee. Auch am heutigen Vormittag — der Morgen hatte Frostwetter gebracht — fallen wieder langsam und stetig die Flocken. Wenngleich er auch in den inneren Straßen der Stadt vorläufig noch nicht von Dauer sein wird, an der Peripherie der Stadt dürfte es doch zu einer Rodelbahn langen. Die Hoffnung „Neuer Schnee — neue Kälte" wollen wir uns nicht rauben lassen, zumal an den Dächern vielversprechende Eiszapfen hängen.

** Vor einer Überschwemmung durch die Saale stehen die tiefgelegenen Ufergelände am Neumarkt und vor Menschen, wenn das Wasser, wie zu vermuten ist, weiter in den bisherigen Maße steigt.

** Die Einkommensteuererklärungen müssen laut Bekanntmachung im Anzeigenteil der heutigen Zeitung in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März abgegeben werden.

** Der Ev. Männer- und Jugendverein hielt gestern abend in seinem Vereinsheim, An der Geisel 5, eine Quartalsmitgliederversammlung ab, die der erste Vorsitzende, Pastor Werther, gegen 7½ Uhr mit Begrüßungsworten eröffnete. Nach dem gemeinsamen Gesange eines Liedes verlas der Schriftführer die letzte Versammlungsniederschrift, die zur Annahme gelangte. Es entwickelte sich sodann eine äußerst lebhafte, extrageiche Aussprache über das innere Vereinsleben. Von den vielen Worten, die darüber gesprochen worden, dürfte das eine das wichtigste sein: daß nämlich die „alten Herren" die Jugend mit ihren Forderungen verstehen lernen mögen. Die Gefahr, daß eine Entzweiung sozusagen in zwei Vereine unter einem verbindenden Namen stattfindet, muß beseitigt werden, und das dürfte am leichtesten durch Schaffung einer Generation im Verein möglich sein, die ihrem Alter und ihren Anschauungen nach die Verbindung zwischen Jugend und reifen Männern herstellt. Die Erreichung dieses Zieles erfordert natürlich Arbeit, Zeit und Ausdauer. Aufgabe der älteren Mitglieder ist es, Anregungen zu geben, Interesse zu wecken, dann wird auch die Jugend nicht säumen und es am nötigen Eifer nicht fehlen lassen. Das positive Ergebnis dieser Aussprache war die Wiedereinführung der Donnerstag-Abende zum Zwecke gemeinsamer Spiele und Aussprache im Vereinsheime. Herr Hübner gibt alsdann Bericht über die Jugendbring-Sitzung am vergangenen Dienstag. Der Jugendring, heißt sich auch der Ev. Männer- und Jugendverein angeschlossen hat, hat als erste positive Arbeit den Kampf gegen Schund und Schmutz in der Literatur und der Kunst aufgenommen. Sein Vorsprechen in dieser Angelegenheit bei den hiesigen Geschäftsleuten wird ja hoffentlich mit Erfolg gekrönt sein und bald mehr von sich hören lassen. Herr Pastor Tenusch weist darauf hin, daß Dienstag über acht Tage die wöchentlichen literarischen Vereinsabende wieder aufgenommen werden, und zwar will sich die Arbeitsgemeinschaft in den kommenden Wochen mit Goethes „Faust" beschäftigen. Ferner wird Ende dieses Monats für die Jugendgruppe ein Vortrag über das Thema „Jugendbewegung und wir!" von einem Jugendlichen gehalten werden. Gegen 8¼ Uhr schloß der Vorsitzende nach dem Gesange des Schlußliedes die anregende Versammlung. —f.

** Die Angestellten stehen vor Neuwahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner zur Angestelltenversicherung und schon ist der Kampf zwischen den einzelnen Verbänden scharf entbrannt. Der Afa (Bundes-Ortskartell) und der Gesamtverband deutscher Angestellten stehen sich gegenüber. Jene will die Verschmelzung der Invaliden- mit der Angestelltenversicherung, diese aber den Ausbau der bestehenden Angestelltenversicherung. Der Wahlkampf in Merseburg begann gestern abend mit der Einberufung einer öffentlichen Angestelltenversammlung im „Tivoli" seitens des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften. Es war ein scharfer Dauerkampf, der gestern abend ausgefochten wurde; von 7,30 bis 11,45 Uhr währte er. Mit Kampfesfreudigkeit und wahrer innerer Überzeugung sprach der erste Redner, Herr Bloop-Merseburg, über das Thema: Ausbau oder Verschmelzung der Angestelltenversicherung. Er forderte Aufrechterhaltung der Angestelltenversicherung mit Aufhebung der Begrenzung der Versicherungsgrenze, Schaffung der Selbstverwaltung und schließlich: Beiträge und Renten müssen in ein derartiges Verhältnis gebracht werden, daß jedem Angestellten ein sorgenfreier Lebensabend beschieden wird. An Stelle des zweiten Redners, Herrn G. Hartz-Halle, sprach Herr Becker-Dessau. Mit logischer Klarheit behandelte dieser Redner das Thema: Der Raubzug auf die Milliarden der Angestelltenversicherung. Er warf dem Afa-Bund vor, einen Raubzug größten Stils auf die Taschen der versicherungspflichtigen Angestellten zu planen. Die von den Angestellten geleisteten Beiträge sollen an den Wünschen der Afa bezw. deutsch werden, die katastrophale unangiebige Lage der Invalidenversicherung zu bessern. Mit amtlichem Zahlenmaterial brachte der Redner den Beweis seiner Behauptungen dar. Den Vorwurf über Verschwendung here Gelder durch Verwaltungsunkosten widerlegte Herr Becker mit den Worten: Die Invalidenversicherung hatte im Jahre 1919 18,6 Prozent, die Angestelltenversicherung nur 8,28 Prozent Verwaltungskosten. Der Überfluß der Angestelltenversicherung im Jahre 1920 betrug nach amtlicher Feststellung 1 Milliarde 800 000 M. Nicht aus Standesdünkel wollen die Angestellten keine Verschmelzung der Versicherungen, sondern aus Standesbewußtsein. Nach den schon vorliegenden Wahlresultaten verspricht der Ausgang der Wahl für Erhaltung der Angestelltenversicherung äußerst günstig zu werden. Großer Beifall lohnte den Ausführungen der Redner. In der daran anschließenden Aussprache konnten sämtliche Einwände seitens der Anhänger der Afa durch Herrn Becker-Dessau glatt widerlegt werden. P. B.

** Die ehemalige Kaiser-Wilhelmshalle eröffnet ihren Restaurationsbetrieb Sonntag den 22. Januar unter dem Namen „Stadthalle". Wie uns mitgeteilt wird, sind die Innenarbeiten vollkommen fertiggestellt. Die Räume, besonders der Saal, stehen zur Benützung frei. Die Besserungen, die das Äußere noch erfahren muß, werden im Laufe der Zeit noch fertiggestellt werden.

** Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug. Im Anzeigenteil dieser Zeitung veröffentlicht das Finanzamt eine Bekanntmachung über die Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug. Gleichzeitig verweisen wir zur näheren Erläuterung der Bekanntmachung auf einen Artikel auf der Beilage dieser Zeitung.

** Gewerkschaftsbund der Angestellten. Laut Anzeige in der gestrigen Zeitung findet morgen abend 8 Uhr in der „Goldenen Sonne" eine Monatsversammlung statt.

** Turnerische Vereinigung. Wie aus dem Anzeigenteil der gestrigen Zeitung hervorgeht, findet morgen abend 8 Uhr im „Strandschlößchen" eine Spielerversammlung und um 9 Uhr die Monatsversammlung statt.

** 145. Bildungsabend. Am kommenden Montag abend 8 Uhr findet im Schloßgartensalon ein Liederabend statt. Näheres siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.

*

Die neuen Bestimmungen über die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes.

Auf die im Anzeigenteil unseres Blattes abgedruckte Bekanntmachung, betr. Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug vom 1. Januar 1922 ab, wird wegen der großen Bedeutung dieser Bekanntmachung und zwecks genauer Beachtung derselben besonders hingewiesen. Amtlich wird uns hierzu noch mitgeteilt:

Die genauste Beachtung dieser Bestimmungen durch die Arbeitgeber liegt in deren eigenstem Interesse, da sie für den etwaigen Ausfall, den das Reich durch die Nichtbeachtung dieser Vorschriften hat, haftbar gemacht werden können. Folgende Beispiele mögen zur Erläuterung dienen:

Zu Gruppe I.

Ein Werkmeister erhält ß. B. jährlich an Barlohn	36 000,— M
Wert der freien Wohnung nach Durchschnitt der örtlichen Mietpreise (tatsächlich werden nur 1100 M auf Gehalt angerechnet) 1500 M =	400,— „
Kohlendeputat 50 Ztr. × 19,50 M (ß. B. Großhandelsrichtpreis 26 M abzüglich 25 %)	975,— „
Sa.:	37 375,— M
hiervon 10 %	3 737,50 „
davon ab:	
240,— M für den Steuerpflichtigen (an Stelle von 120 M auf dem Steuerbuch)	
540,— „ für Werbungskosten (an Stelle von 180 M auf dem Steuerbuch)	
240,— „ für seine Ehefrau (an Stelle von 120 M auf dem Steuerbuch)	
1080,— „ für 3 Kinder unter 17 Jahren (an Stelle von 540 M auf dem Steuerbuch) zusammen:	2 100,— M
Bleiben:	1 637,50 M

Für einen Monat berechnet unter Abrechnung auf volle Mark nach unten	136,— M

Zu Gruppe II.

Ein Fleischergeselle (auf dem platten Lande und in den Städten des Kreises, außer Merseburg) erhält ß. B. Barlohn wöchentlich	120,— M
Dazu für Beköstigung	70,— „
für Wohnung	7,— „
für Heizung und Beleuchtung	8,50 „
Sa.:	200,50 M
hiervon 10 %	20,— „
davon ab:	
4,80 M für den Steuerpflichtigen	
10,80 „ für Werbungskosten zusammen:	15,60 M
Bleiben:	4,40 M
Abgerundet auf volle Mark nach unten	4,— M

Zu Gruppe III.

Ein Dienstmädchen in Merseburg erhält ß. B. an Barlohn monatlich	120,— M
Dazu für Beköstigung	243,— „
für Wohnung	30,— „
für Heizung und Beleuchtung	15,— „
Sa.:	408,— M
hiervon 10 %	40,80 „
davon ab:	
20,— M für den Steuerpflichtigen	
45,— „ Werbungskosten zusammen:	65,— M
Mithin: steuerfrei.	

Zu II. Deputatempfänger auf dem Lande.

Ein verheirateter landwirtschaftlicher Arbeiter erhält ß. B. Barlohn jährlich	9 180,— M
freie Wohnung	210,— „
Kiefer- oder Wiesenheuung, Gartenland	90,— „
12 Zentner Getreide (à Ztr. 105 M)	1 260,— „
¾ Zentner Hülsenfrüchte (à Ztr. 200 M)	150,— „
60 Zentner Kartoffeln (à Ztr. 35 M)	2 100,— „
Heizmaterial und Anfuhr desselben	220,— „
Sa.:	13 920,— M
In einer Woche	278,40 „
hiervon 10 %	27,80 „
davon ab:	
4,80 M für den Steuerpflichtigen	
10,80 „ für Werbungskosten	
4,80 „ für die Ehefrau	
14,40 „ für 2 Kinder unter 17 Jahren zusammen:	34,80 M
Mithin: steuerfrei.	

*

Wetterwarte.

B. W. am 14. 1. (Sonnabend): Wolkig-trübes, später zeitweise aufheiterndes, windiges, etwas kälter werdendes Wetter mit Niederschlägen (erst Regen und Schnee, dann Schnee). — 15. 1. (Sonntag): Etwas kälteres, abwechselnd heiteres und wolkiges, windiges Wetter, zeitweise Schnee.

---

§ Leunawerk, 13. Jan. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr. Der 45jährige Streckenwärter Paul Brauer aus Merseburg wollte beim Überschreiten der Gleise einer Lokomotive ausweichen und wurde dabei von einer auf dem daneben liegenden Gleis in entgegengesetzter Richtung fahrenden Lokomotive so unglücklich erfaßt, daß ihm beide Beine abgefahren wurden. Der Tod des Verunglückten trat bald nach dem Unglücksfall ein.

§ Köthen, 13. Jan. Sonnabend und Sonntag den 14. und 15. Januar veranstaltet der F.-C. „Borussia"-Köthen ein Blütenfest — „Eine Blütennacht in Nizza" — (siehe Inserat). Dieses Fest ist großartig geplant und ist mit den Vorarbeiten schon vor einigen Wochen begonnen worden. Die Dekorationen sind von Vereinsdamen unter sachmännischer Leitung hergestellt und geben den Räumen das Gepräge von lebendigen Blütengärten. Zahlreiche Sportbereine sind eingeladen. Jeder Besucher dieser Baumblüte wird eine Frühlingsstimmung mit nach Hause nehmen.

§ Lochau, 13. Jan. Auf Anregung des Herrn Gemeindevorstehers und mit Zustimmung der Gemeindevertretung ist die Gründung einer freiwilligen Feuerwehr beschlossen worden. Die technische Leitung ist einem Herrn, welcher schon früher auf diesem Gebiete Erfahrungen gesammelt hat, übertragen worden. Ihm zur Seite stehen die beiden bisherigen Spritzenmeister, dann Steiger und 16 Mann. Entsprechende Übungen sind vorgesehen. Der Ort selbst ist in drei Bezirke eingeteilt. Etwaige Brände sind durch zu beschaffende Signalhörner zu melden. — Bei in hiesiger Feldmark veranstalteten Treibjagd wurden von 26 Schützen 182 Hasen zur Strecke gebracht.

§ Dieskau, 13. Jan. Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt leider wieder mehr zu, denn in vergangener Woche stiegen Diebe nachts mittels einer Leiter in das Gehöft eines hiesigen Landwirts, gelangten, jedenfalls gestützt durch genaue Kenntnis der Häuslichkeit, in die Vorratskammer und entwendeten das Eingeschlachtete. Außerdem hielten sie noch die vorgefundenen Weihnachtsstollen mitgehen. In einem zweiten landwirtschaftlichen Betriebe, in welchem ebenfalls ein Einbruch geplant war, wurden die Einbrecher, welche bereits die eiserne Fenstervergitterung zwecks Einsteigens in das Innere des Gebäudes entfernt hatten, gestört. Leider sind in beiden Fällen die Täter unerkannt entkommen.

Mücheln und Umgegend.

‡ Mücheln, 12. Jan. Priv. Realschule Mücheln. Nachdem letzte Woche die dritte Waggonsendung Schulmöbel für die Ostern 1922 beginnenden vier Reallassen eingetroffen ist, hat ebenfalls in den letzten Tagen der Schulneubau hinter der Promenadenstraße in Mücheln sein Dach mit dem Firstenbaum geschmückt. Der Rohbau mit Erdgeschoß, zwei Stockwerken und Dachstuhl ist fertiggestellt, und bald wird das rote Ziegelbach der Realschule dem Ankommenden an der Endstation der Straßenbahnstelle den Gruß entgegenwinken. Dem traurigen Frieden und den traurigen Zeiten zum Trotz wird hier eine neue Bildungsstätte für die deutsche Jugend sich auftun und zu Ostern ihre gastlichen Pforten öffnen. So wird auch bereits jetzt umgehend zur Neuanmeldung von Schülern und Schülerinnen für die 6. bis einschl. 3. Realklasse aufgefordert, damit im Bedarfsfalle die 6. Realklasse geteilt und eine weitere Lehrkraft gewonnen werden kann. Auch muß für auswärtige Schüler mitunter eine Pension aufgefunden werden, wenn sie zu weit vom Schulorte wohnen. Deshalb bittet der Schulleiter Familien, die Schüler oder Schülerinnen aufnehmen wollen, ihm dies unter Angabe der Aufnahmebedingungen und ihrer Adresse mitzuteilen, damit er Eltern, die bei der Anmeldung eine Pension wünschen, ihnen gleich zusenden kann. Namentlich werden solche Pensionen gewünscht, in denen der Pensionär im Bedarfsfalle Nachhilfe bei Schularbeiten finden kann und welche in Mücheln selbst oder nächster Umgebung liegen. — Bei schriftlichen Anmeldungen von Schülern ist erforderlich die Angabe des Vornamens des Schülers, seines Vaters, des Geburtsdatums des Schülers, Wohnortes des Vaters und der Stellung desselben, endlich Angabe, wieviel Jahre der Schüler die Volksschule besucht hat. — Für die Mathematikerstelle ist Studienassessor Binderngel aus Naumburg gewählt worden, der seit zwei Jahren am dortigen Realgymnasium mit Realschule (vorher Domgymnasium) tätig ist und die biologischen Sammlungen der Anstalt verwaltet. W.

Turnen — Spiel — Sport.

Spielabteilung des Turn- und Sport-Verein Neu-Rössen, e. V.

Die I. Jugendmannschaft stand am Sonntag den 8. Januar der II. Jugend Sporting-Mücheln im fälligen Verbandsspiel gegenüber und holte sich nach völlig überlegenem Spiel (17 : 0) die beiden Punkte.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

b Stadttheater Halle. (Spielplan vom 15. bis 22. Januar 1922.) Sonntag 3 Uhr nachmittags „Die spanische Fliege", 7½ Uhr abends „Die neugierigen Frauen". Montag 7½ Uhr „Hänsel und Gretel" Dienstag 7½ Uhr „Das Dreimäderlhaus". Mittwoch 7½ Uhr „Tiefland. Donnerstag 7½ Uhr „Die neugierigen Frauen". Freitag 7½ Uhr „Die beiden Nachtigallen". Sonnabend 7½ Uhr „Traviata". Sonntag 3 Uhr nachmittags „Una cosa rara"; 7½ Uhr abends „Die neugierigen Frauen".

Thalia-Theater, Halle. Sonntag 15. 1., 7½ Uhr „Im weißen Rößl". Sonntag 22. 1., 7½ Uhr „College Crampton".

Vermischte Nachrichten

Großschiebungen im Rheinland.

Aachen, 12. Jan. Der Eisenbahnüberwachungsstelle in Aachen ist es gelungen, große Unterschleife und Schiebungen von Waggonladungen nach dem Kreise Geldern aufzudecken. Es soll sich um etwa dreißig bis vierzig Wagen handeln. Geschädigt ist ein großes Werk aus der Aachener Gegend. Als Hehler wurden angesehene Persönlichkeiten aus dem Kreise Geldern in Haft genommen. Das Gerichtsverfahren dürfte zu einem der größten Prozesse führen, die in letzter Zeit die Staatsanwaltschaft beschäftigt haben.

Millionen im Schöneberger Lebensmittelamt verurteilt.

Berlin, 12. Jan. Durch die Unterschlagungen bei dem Lebensmittelamt Schöneberg ist die dortige Bürgerschaft um sehr große Beträge geschädigt worden. Der Kriminalpolizei war es schon vor längerer Zeit zu Ohren gekommen, daß bei dem Lebensmittelamt Schöneberg Mehlschiebungen in großem Maße vorgenommen wurden. Sie stellte ihre Beobachtungen an und überwachte die verdächtigen Personen. Erst nachdem der Tatbestand einwandfrei festgestellt werden konnte, schritt sie zu der Verhaftung des Stadtsekretärs und der behaftet erscheinenden Angestellten. Zu keinem der in Frage kommenden Fälle konnten Gelderträge unterschlagen, es handelt sich vielmehr regelmäßig um Diebstahl großer Mehlmengen, deren Wert in die Millionen geht. In den meisten Fällen scheint die Operation so vor sich gegangen zu sein, daß der verhaftete Beamte Mehlkarten, die von Bäckern eingeliefert wurden und eigentlich entwertet werden mußten, zum zweitenmal an die Kanzlerte ausgab, mit denen er in Verbindung stand. Diese erhielten daraufhin ihr Mehl zugewiesen, ohne daß neue Karteneingänge verzeichnet werden mußten. Um das Mehlmanko zu verdecken, wurden gleich beim Anfang des Mehls durch den Magistrat die Bücher gefälscht und geringere Posten ausgewiesen als tatsächlich von den Produzenten geliefert worden sind.

Hochwasser des Rheins und der Werra.

Basel, 12. Jan. Aus allen Teilen der Schweiz kommen Meldungen über starke Schneeschmelzen und ein rapides Steigen der Gebirgsflüsse. Viele Flüsse sind bereits über die Ufer getreten. Der Rhein ist binnen 24 Stunden in seinem Oberlauf um 2½ Meter gewachsen.

Einbruch im preußischen Finanzministerium.

Berlin, 12. Jan. Ein Einbruch wurde heute nacht in das preußische Finanzministerium verübt. Einbrechern war es gelungen, unbemerkt in das Gebäude am Festungsgraben einzudringen. Aus einem Saale stahlen sie zwei Geldschränke von außerordentlich hohem Wert, die sie von den Wänden schnitten. Ohne daß sie entdeckt wurden, gelang es den Dieben mit ihrer Beute zu entkommen.

Verheerende Explosion einer chemischen Fabrik in Budapest.

Budapest, 13. Jan. In einer chemischen Fabrik des ehemaligen Gefangenenlagers entstand gestern eine furchtbare Explosion. Die Mauern des hohen Fabrikgebäudes stürzten ein und begruben unter ihren Trümmern zahlreiche Opfer. Eine Kompagnie Soldaten wurde sofort zur Hilfeleistung abgesandt.

Schwere Stürme im atlantischen Ozean.

Meldungen aus London zufolge toben im Atlantischen Ozean wieder schwere Stürme. Das amerikanische meteorologische Büro hat Warnungssignale für die Schiffe ausgegeben. Mehrere Dampfer sind sehr verspätet.

Eisenbahnunglück bei Aschaffenburg.

München, 13. Jan. Auf dem Bahnhof Heigenbrücken (Unterfranken) stießen zwei Güterzüge aufeinander, 27 Wagen entgleisten. Der Oberschaffner und ein Schaffner wurden getötet, der Zugführer, ein Hilfsschaffner, ein Wagenmeister und ein Viehbegleiter verletzt.

Familiendrama.

Görlitz, 13. Jan. Zu Niederlangenau erschoß im Streit der Bergmann Jacob seine 16jährige Stieftochter, worauf er dann Selbstmord beging.

Für 200 000 M Silberzeug gestohlen.

Berlin, 11. Jan. Wohnungseinbrecher suchten einen Herrn von Falkenhahn in der Wilmersdorferstraße 3 heim, während er verreist war. Sie stahlen für 200 000 M Silberzeug, darunter besonders alte Familienstücke mit den Wappen der Familien v. Falkenhayn und v. Bittersfeld, deren auffallendste Zeichen eine Hand oder eine Eule sind. Auf die Wiederbeschaffung des Silberschatzes ist eine Belohnung von 25 000 M ausgesetzt.

Handel — Verkehr — Industrie.

= Der Markkurs notierte am Donnerstag in Zürich 2,85 Centimes, die Notierung ist somit unverändert geblieben. In Amsterdam wurden für die Mark 1,49 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verschlechterung um 0,06 Cents bedeutet.

Hallesche Börse vom 12. Januar.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver., alte	286,—	Halle Zimmerm., St.	590,—	Gegelin u. Hübner	720,—
Hall. Pfännerschaft	610,—	Glanziger Zucker	1600,—	Zeitzer Maschinen	—,—
Riebeck Montan	1060,—	Halle Zucker	—,—	Zuckerraffin. Halle	1000,—
Werschen-Weißenfels	1600,—	Halbdorfer Zucker	—,—	Halle-Hettstädter Bit. A	140,—
Ammendorfer Papier	2475,—	Kopfbinder-Hütte	800,—	do. do. Bit. B	—,—
Bitterfelder Kattun	1230,—	Gottfried Lindner	900,—	Brauhaus-Aktien	—,—
Eisenwerk Brandenb.	410,—				

= Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 12. Januar. Weizen, märkischer und pommerscher 375—377, ostpreußischer 370, behauptet; Roggen, märkischer 300—295, im Verlauf abgeschwächt; Sommergerste 355—365, ruhig; Hafer, märkischer und pommerscher 280—282, behauptet; Mais, Jan. ohne Nachtrit 292, Febr.-März 280—278 ab Hamburg, fester; Weizenmehl 970—1060, behauptet; Roggenmehl 730—820, behauptet; Weizenkleie 195—200, behauptet; Roggenkleie 200—205, behauptet; Raps 625—640, ruhiger; Leinsaat 580—590, still; Viktoriaerbsen 410—430, kleine Speiseerbsen 320—340, Futtererbsen 290—310, Ackerbohnen 300—310, Wicken 450 bis 480, blaue Lupinen 250—260, gelbe Lupinen 280—290, do. neue 430 bis 440, alte 300—320, Serradella 260—275, Rapskuchen 370—380, Leinkuchen 185. Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 34—37; Haferstroh do. 40—43; strohgebundeltes Stroh 35—36, do. Langstroh 107—115.

= Schlachtviehmarkt. Leipzig, 12. Jan. Auftrieb: Rinder 299, Ochsen 29, Bullen 28, Kalben 44, Kühe 128, Kälber 747, Schafe 352, Schweine 859. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 1050—1150 M, 2. Kl. 900—1050, 3. Kl. 700—900. Bullen 1. Kl. 950 bis 1050, 2. Kl. 800—950, 3. Kl. 600—800, 4. Kl. 500—600. Kalben 1. Kl. 1050—1150. Kühe 1. Kl. 1050—1150, 2. Kl. 900—950, 3. Kl. 600—700, 4. Kl.450—600. Kälber 1. Kl. 1300—1450, 2. Kl. 1150—1300, 3. Kl. 900—1150, 4. Kl. 850—925. Schafe 1. Kl. 700—850, 2. Kl. 550—700. Schweine 1. Kl. 1600—1700, 2. Kl. 1700—1750, 3. Kl. 1450—1600, 4. Kl. 1200—1450, 5. Kl. 1300—1450. Geschäftsgang: Rinder gut, Kälber gut, Schafe gut, Schweine langsam. Überstand: Rinder 12, Schafe 7, Schweine 14.

Halbmonats-Abonnement für 5 Mark.

Für die zweite Hälfte Januar (vom 14.—31.) kann der Merseburger Korrespondent zum Preise von 5.— Mark (wozu noch der halbe Trägerlohn kommt) im Halbmonatsabonnement bezogen werden.

„Merseburger Korrespondent."

Verantwortlich für die Redaktion Franz Hübner für den Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm sämtlich in Merseburg.

Verlags-Vertretung. Walter Schmidt, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 16.

Druck und Verlag der Firma Th. Hübner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0003

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus. Tel. 202.
Direktion H. Eisenberger.
Tägl. 8 Uhr, Sonntags 5 und 8 Uhr das große Januar-Programm. Gastspiele erstklassiger Cabaret-Künstler. Jeden vierten Tag Programmwechsel.

B.-V. Germania
Sonnabend, den 14. ds. Mts. abends 7/8 8 Uhr
General-Versammlung
im „Preußischen Adler"
Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht
Der Vorstand.

Vom 14. bis 18. Januar
einmaliges sehr preiswertes
Sonder-Angebot
in
Damen- u. Mädchenmänteln
Um damit zu räumen teils unter Einkaufspreis.

Markt 19. **H. Taitza.** Neumarkt 18.

Der verehrten Einwohnerschaft Merseburgs und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß die
Eröffnung der Restaurationsräume des Etablissements
Stadt-Hallen
früher Kaiser-Wilhelmshalle
am Sonnabend, den 14. Januar 1922, stattfindet, wozu freundlichst einladet Der Wirt: Gustav Horn.
Sonnabend, b. 14. 1. 1922, von abds. 7 Uhr ab Unterhaltungsmusik.
Sonntag, den 15. 1. 1922, von 10 Uhr ab Frühschoppenkonzert, nachmittags von 3 Uhr ab Musikalische Unterhaltung.
ff. Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.
Kegelbahn, Vereinszimmer und Saal ist noch an einigen Abenden zu vergeben. D. O.

---

145. Bildungsabend.
Montag, den 16. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Schloßgartensalon
Liederabend
Gesang: Frau Charlotte Bothe.
Klavierbegleitung: Herr Fritz Busch.
Zum Vortrag kommen Lieder von Franz Schubert, Hugo Wolf, Johannes Brahms, Richard Strauß. — Eintrittskarten zu 5 M. und 3 M. im Herzog Christian.
Die Leitung der Bildungsabende.

Alles rennt
Eine Blütennacht in Nizza.
F.-C. Vorwärts Kötzschen
Kötzschen. Sonnabend, den 14. Jan., u. Sonntag, den 15. Jan., im Gasthaus Lindner
Großes Blütenfest.
Herrliche Dekoration. Gr. Ueberraschungen. Vornehme Musik.
zur Baumblüte. F.-C. „Vorwärts".

Achtung! Achtung!
Radfahrer-Club „Alemannia".
Sonntag, den 15. Januar 1922,
Grosser
Volks-Maskenball
im Gasthaus zu Meuschau (Lippert).
Anfang nachmittags 3 Uhr.
— Maskeneintritt 5 Uhr. —
Die schönsten Masken werden prämiiert.
Gäste und Sportfreunde sind hiermit herzlichst eingeladen.
Der Wirt. Das Festkomitee.

Freitag, den 13. Januar 1922, findet ein
Großes Extra-Konzert
im Saale des „Tivoli"
statt, ausgeführt von der Stadtkapelle unter persönlicher Leitung des Musikmstrs. A. Franke. Anfang 1/2 8 Uhr.
Nach dem Konzert: **Ball.**
Es laden freundl. ein A. Franke. Erdmann.
Gleichzeitig empfehle ich meine Kapelle den Vereinen und Herren Saalbesitzern bei vorkommenden Festlichkeiten in jeder Besetzung. D. O.

„Casino."
Sonntag, den 15. Januar 1922, von nachmittags 3 Uhr an
Maskenball.
Masken haben freien Eintritt desgl. erhalten die besten Masken hohe Preise.
Einlaß der Masken 5 Uhr. Demaskierung 7 1/2 Uhr.
Gäste und Gönner herzlich willkommen.
Eisenbahn-Fahrbeamten Verein. Der Vorstand.

Stadttheater Halle.
Sonnabend, d. 14. Jan. 22
La Traviata (Violetta)
Anf 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

Gewerkschaftsbund der Angestellten
G. D. A.
Freitag, abends 8 Uhr,
Monats-Versammlung
in der „Goldenen Sonne".
Wichtige Tagesordnung.
Der Vorstand.

Kriegsbeschädigten- u. Hinterbliebenenvereinigung des Kreiskriegerverbandes Merseburg.
Nächste Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 15. Januar, 3 Uhr nachmittags, im Tivoli, hier. Der Vorstand.

Wähler-Versammlung.
Sonnabend, den 14. Januar, abends 1/2 7 Uhr findet in Körbisdorf (Gasthof)
eine Versammlung statt.
Thema:
Wahlen zur Angestellten-Versicherung
Als Referent ein Kollege vom Hauptausschuß in Berlin.
Hierzu laden wir die Kollegen des Afa-Bundes freundlichst ein Der Vorstand.

Freiwillige Krankenpfleger v. roten Kreuz.
Sonntag, den 15. d. Mts., abds. 8 Uhr, Alter Dessauer
Versammlg.
u. Wahl der Führerschaft.
Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Männergesangverein Neu-Rössen.
Am Sonntag, den 15. Jan. 1922, nachmittags 1/2 3 Uhr,
findet im Dorf Rössen, bei Mitglied Tänzer, Gasthaus zur Erholung, unsere diesjährige
General-Versammlung
statt. Wir bitten unsere werten Mitglieder, im Interesse der wichtigen Tagesordnung vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Rodelschlitten
43 53 65 75 95 125 M.
Sporthaus Kätzher
Kl. Ritterstr. 1 (Ecke Entenplan).
Telephon 539.

Ev. Arbeiter-Verein.
Sonntag, den 15. Jan. nachmittags 3 Uhr
General-Versammlung
im Vereinslokal. Anschließend Krankenkassenversammlung. Mitglieder werden freundl. eingeladen
Der Vorstand.

Zur Klause.
Sonnabend und Sonntag
Bockbierfest
u. Speckkuchenessen.
Es ladet ein H. Fehse und Frau.

Radfahrer-Verein „Jugendlust" Börstewitz.
Sonnabend, den 14. d. Mts., von abends 7 Uhr an
Kappenfest.
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

Maskenball
Larven, Bärte, Nasen, Perücken, Mützen, Musik-Instrumente aus Pappe usw. empfiehlt
Kurt Karius,
Spezial-Geschäft für Vereins-Bedarf,
Brühl 4
(Nähe Ratskeller).

Bandonion-Verein „Waldröschen".
Am Sonntag, den 15. Januar 1922, im „Neuen Schützenhaus" von nachm. 3 Uhr an
Großer Festball
Starkbesetzte und flotte Musik.
Freunde u. Gönner sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Hausschlacht. Wurst
aus reinem Schweinefleisch und nur eigener Schlachtung empfiehlt
G. Fiedler, Neumarkt 45.

Infolge der nicht unbeträchtlichen
Erhöhung des Bierpreises
seitens der Brauereien, sehen wir uns gezwungen, vom 16. Januar ab auch unsererseits die
Ausschankpreise entsprechend zu erhöhen.
Verein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.

Männer-Turn-Verein.
Sonntag, den 15. Januar,
Wanderung
Knapendorf Börstewitz—Dollitz—Schkopau.
Abmarsch pünktlich 1 Uhr v. Tunnel Lauchstedter Straße.

Rheingold
Sonntag, von 4 Uhr an,
Konzert im Café
Darauf **Kabarett.**

Gesangverein „Lyra"
hält Sonntag, d. 15. 1. 22.
Tänzchen
im Kaffeehaus Meuschau.
Freunde und Gönner herzlich willkommen
Der Vorstand.

Schkopau.
Sonntag, den 15. Januar, im „Deutschen Kaiser"
Elite-Volks-Maskenball
Die 3 besten Herren-, 3 besten Damen- und 3 originellsten Masken werden prämiiert.
Von 3 Uhr an **Ball.**
Volles Orchester!
Einlaß der Masken 6 Uhr!
Prämiierung 8 Uhr.
Eintritt 3 Mk. Masken frei. Käpsel 2 Mk.
Kinder haben keinen Zutritt.
Es laden dazu freundlichst ein
Der Wirt. G. V. H. (e. V.).

Kriegsdorf.
Sonntag, den 15. Januar 1922, von abends 1/2 8 Uhr an ladet zur
Ballmusik
freundlichst ein. Der Jungmädchenverein.

Mitteilung.
Wir beehren uns ergebenst mitzuteilen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1922 durch vertragliche Vereinbarungen mit dem Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz in Theißen die Betriebsführung dieses Unternehmens auf uns übergegangen ist. Der Geschäftsgang wird hierdurch nicht beeinflußt; der Schriftwechsel wird unter der Firma:
Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt, Aktiengesellschaft, Betriebsdirektion Weißenfels-Zeitz in Theißen
geführt. Wir bitten, im Schriftverkehr obige Anschrift zu benutzen.
Wir werden bemüht sein, die Stromversorgung im Gebiete des Elektrizitätsverbandes auch durch unser eigenes Kraftwerk in Groß-Kayna in jeder Weise sicherzustellen.
Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt, Aktiengesellschaft
Halle a. S., Gr. Steinstr. 75.

Löbsen.
Sonnabend, d. 14. Jan. abends 7 Uhr großer
Käpsel-Ball
Es ladet ein Otto Wellmann.

Atzendorf. Gesellschafts-Verein „Einigkeit".
Sonntag, den 15. Januar 1922,
Großer
Maskenball.
Einlaß der Masken 6 1/2 Uhr
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Hotel Kurhaus Bad Dürrenberg.
Inh. Karl Seelig
Sonntag, den 15. Januar
Großstadt-Ball!
Nur neueste Tänze. — Anfang 4 Uhr.

Bergschenke Wegwitz.
Das für Sonnabend, den 14. 1. angekündigte
Konzert findet nicht statt.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 11. Freitag den 13. Januar 1922. 48. Jahrg.

Görlitz und der Sozialismus.

Es kann weder die Arbeiterschaft selbst noch die deutsche Allgemeinheit gleichgültig lassen, wie der gegenwärtig wieder mit besonderer Lebhaftigkeit innerhalb der sozialistischen Parteien geführte Kampf um die große Linie entschieden wird, denn auch der verbohrteste Reaktionär weiß heute, daß die Haltung des (um die Formulierung des neuen Görlitzer Programms der Sozialdemokratischen Partei zu übernehmen) „arbeitenden Volkes" zu den schwebenden Fragen der großen und kleinen Politik die gesamte Politik des Reiches in ausschlaggebender Weise bestimmt und beeinflußt. Es ist deshalb auch ohne Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß man nach dem soeben abgehaltenen Leipziger Parteitag der Unabhängigen den Gedanken einer sozialistischen Einheitsfront wieder einmal bis auf weiteres einsargen kann. Durch die in Leipzig in diesem Sinne angenommenen Entschließungen wird nämlich der Streit der sozialistischen Anschauungen, anstatt daß er endlich in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt wäre, von neuem den Stromsömellen einer vorgesetzten Erörterung preisgegeben, woraus folgt, daß die Gefahr einer weiteren Zerklüftung besteht. Schon eine nahe Zukunft dürfte allerdings beweisen, daß die Berechnungen, die man in Leipzig angestellt hat, durch die Tatsachen nicht bestätigt werden wird, und daß der Bewährungsersatz schließlich auf seiten der Mehrheitssozialdemokratie sein wird, die sich in Görlitz mit fester Hand in dem neuen Parteiprogramm ein den heutigen Anforderungen entsprechendes geistiges Haus zimmerte. Während man in Leipzig ziemlich verlegen zugeben mußte, daß man aus gewissen Gründen zunächst auf die Vorlegung eines Programms verzichtet habe, hat die Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz programmatisch genau festgelegt, wie sie jetzt und in Zukunft zu marschieren gedenkt. Diese Tatsache, daß sich heute jedermann darüber genau unterrichten kann, was die Mehrheitssozialdemokratie will, wird soeben einschlagend und gemeinverständlich von Eduard Bernstein in einer aufschlußreichen Broschüre erläutert, die im Verlage für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin für wenige Pfennige zu haben ist. Nicht nur der Sozialdemokrat, sondern auch der Nichtzielbewußtsein wird mit großem Gewinn die instruktive Einleitung über die Vorgeschichte des Görlitzer Programms lesen. Mit einer umfassenden Kenntnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte schildert Bernstein die Auswirkungen der seit 1891, dem Geburtsjahre des Erfurter Programms, eingetretenen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsgestaltung, die Lehren, die man aus ihnen zu entnehmen hatte und zuletzt die Folgen und Erkenntnisse aus dem November 1918, was alles zusammen zu dem Beschlusse führte, daß die Erhöhung der politischen Macht der Sozialdemokratie und die von ihr übernommene politische Verantwortung dazu zwinge, zu der heutigen wirtschaftlichen und politischen Konstellation programmatisch Stellung zu nehmen. Bernstein zeigt die Unterschiede und die Übereinstimmungen zwischen dem neuen und dem Erfurter Manifest, er behandelt die 12 Punkte des Görlitzer Programms und weiß zu jeder Zeit das wesentliche der in ihm niedergelegten Forderungen in helles Licht zu rücken. Der ganze Ton ist auf einen innerlich berechtigten Optimismus abgestimmt, und aus ihm heraus zieht Bernstein das Wort des Reichspräsidenten Ebert, daß die SPD. es ablehne, Konjunkturprogramme zu machen, wie die — Unabhängigen. Das war auf das erste Leipziger Aktionsprogramm der USP. gemünzt, ist aber, wie man sieht, gerade gegenwärtig wieder besonders aktuell, und zwar, um zum Ausgangspunkt wieder zurückzukehren, nicht nur für die Arbeiterschaft selbst, sondern auch für die Parteien rechts von der Mehrheitssozialdemokratie.

Parteitag der USPD.

Die „große Internationale". — „Die Partei kennt kein Vaterland."

Aus Leipzig wird uns gemeldet: Auf dem Parteitag der USPD. referierte Crispien über die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien. Die Moskauer Internationale habe sich von vornherein den politischen Verhältnissen nicht angepaßt gezeigt, und eine Verständigung über sie sei unmöglich geworden, wenn man nicht die sozialistische Bewegung hätte zerschlagen wollen. Eine Folge dieser Haltung Moskaus sei denn die am 22. Februar 1921 von dreizehn Ländern in Wien gegründete Internationale Arbeitsgemeinschaft gewesen. Aufgabe dieser Gemeinschaft sei die Schaffung einer großen Internationale. Auf die innerpolitische Lage übergehend betonte Crispien, daß die Partei zur Aufrechterhaltung der Demokratie selbst den bewaffneten Aufstand erwogen würde. Unter stürmischem Beifall erklärte er, die Partei kenne kein Vaterland, das sich Deutschland nenne; ihr Vaterland sei die Erde, es heißt Proletariat.

Das Wichtigste vom Tage.

Das spanische Kabinett ist zurückgetreten. Nähere Nachrichten fehlen noch, doch ist der Grund wahrscheinlich in einem Konflikt der Juntas: den stark politischen Offiziersvereinigungen und dem Kriegsminister zu suchen.

*

An Stelle des zurückgetretenen „Präsidenten der irischen Republik", De Valera, ist Griffith zum „Ministerpräsidenten" gewählt worden. Griffith hat schon, ehe De Valera plötzlich die ganze Macht an sich riß, bereits seit Anfang des Jahrhunderts für Irlands Unabhängigkeit gekämpft und lange für sein unbeugsames Auftreten Gefängnisstrafe genommen.

*

Polen will ein Heer von nicht weniger als 250 000 Mann mit zweijähriger Dienstzeit aufstellen. Dagegen haben sich bisher nur die Sozialdemokraten erklärt, bezeichnenderweise aber nicht gegen die Vorlage als solche, sondern nur gegen die Höhe der Kosten.

*

Zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses über den Schulunterricht im besetzten Gebiete ist von der interalliierten Rheinlandkommission der ihr angehörige amerikanische Delegierte, Oberst Stone, ernannt worden. Man kann den ganzen Friedensvertrag mit allen Anhängen durchsuchen und studieren, ohne einen Artikel zu finden, der diese Überwachung rechtfertigt.

*

Der chinesische Berichterstatter des Völkerbundes in Saarfragen beantragte in geheimer Sitzung die über ausscheidenden Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes für ein weiteres Jahr in ihrem Amte zu bestätigen, ein Antrag, der nach einer Beratung von wenigen Minuten angenommen worden ist. Zeigt sich schon in dieser Art und Weise, in der über das Schicksal der Bevölkerung entschieden wurde, wie wenig der Völkerbundsrat gewillt ist, sich mit ihren Sorgen und Leiden zu befassen, so beweist die Wiederwahl des im Saargebiet verhaßten Franzosen Rauf zum Präsidenten der Regierungskommission, daß die Saarbewohner von dem Völkerbundsrat keine Hilfe für ihre Not zu erwarten haben.

*

Trotz der zahlreichen eingeforderten Gutachten sind bisher weder der Ausschuß des Reichstages noch des Bayerischen Landtages zu einer endgültigen Entscheidung über die Ursachen des Unglücks in Oppau gelangt. Um die Wiederholung solcher Katastrophen möglichst zu verhindern, hat die preußische Regierung in einem Erlaß auf die strenge Befolgung der Vorschriften über die Lagerung von Ammonsalpeter aufmerksam gemacht.

*

Die Staatsanwaltschaft hat sich entschlossen, die Berufung gegen die Freisprechung im „Reigen"-Prozeß zurückzuziehen. Damit ist wenigstens ein Kapitel der Sittlichkeitsschnüffelei mit politischem Hintergrund geschlossen, das den Gerichten besser anzuwendende Zeit und dem Staat besser zu verwendende Gelder gekostet hat.

Beschlüsse des Reichsrates.

Verfünfzehnfachung der Mietsteuer beschlossen!

Aus Berlin wird uns berichtet:

Dem Reichsrat sind eine ganze Anzahl von Gesetzentwürfen zugegangen. Die Ausschüsse des Reichsrates haben die Verfünfzehnfachung der Mietsteuer angenommen, aber in zwei Punkten eine Änderung der Vorlage beschlossen: 1. wurde der Vorschlag gestrichen, daß der Steuerertrag für die reichseigenen Dienstwohnungen an das Reich abgeführt werden sollte, auch dieser Betrag soll nach den Ausschußbeschlüssen den Ländern verbleiben, 2. soll der Ausgleichsfonds, der bisher 10 Prozent betrug, und den die Länder von dem Rohertrag an das Reich abzuführen haben, auf 5 Prozent herabgesetzt werden.

Die Vollstimme des Reichsrats nahm die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen mit Mehrheitsbeschluß an. Im Zusammenhang damit wurde der Entwurf einer Bekanntmachung über die Gewährung von Beihilfedarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues angenommen. Danach können die Beihilfen verdreifacht werden, die als sog. übertenerungszuschüsse gegeben werden. — Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums erfordert einen Zuschuß von 93 Millionen, während er im Vorjahr noch einen Überschuß von 386 Millionen lieferte.

An einmaligen Ausgaben wurden u. a. im Etat 10 Millionen Mark für die Leipziger Messe ausgeworfen. Für Preußen beantragt Staatssekretär Göhre, den Zuschuß für die Leipziger Messe auf 7½ Millionen herabzusetzen, dagegen für die Messen in Frankfurt a. M. eine Million, in Breslau und Köln je 625 000 M und in Stuttgart 250 000 M zu bewilligen. Ein Antrag Sachsens wollte die 10 Millionen für Leipzig nicht bewilligen und außerdem 2½ Millionen für die übrigen Messen. Der sächsische Antrag wurde mit 36 gegen 25 Stimmen abgelehnt, der Antrag Preußens wurde mit 47 gegen 17 Stimmen angenommen. Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums wurde nach den Ausschußbeschlüssen angenommen, ebenso der Etat des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit einer Gesamtausgabe von 24 Millionen Mark.

„Es wird uns noch schlechter gehen".

Eine Rede des Reichspostministers Giesberts.

München, 13. Jan. (Priv.-Telegr.) Reichspostminister Giesberts sprach auf einem anläßlich seiner Anwesenheit veranstalteten Begrüßungsabend über die neuen Postgebühren und sagte u. a.:

Die neuen Tarife waren nötig, weil die Entente geheißen hat, daß der Postetat balanzieren müsse, weil die Post wie jede Einrichtung höheren Preisen gegenüberstehe und ihre Beamten entsprechend bezahlen muß. Die hohen Tarife sind nicht etwa eine Folge der Lahmwirtschaft der Post, sie sind außerordentlich bedauerlich: sie brechen nicht nur unsere wirtschaftlichen, sondern auch hauptsächlich unsere kulturellen und politischen Bestrebungen. Die Erhöhung der Postgebühren ist ein Warnungssignal, ein Thermometer, wie die Wirtschaftsverhältnisse sich gestalten werden. Es wird eben eine Not für alle kommen, und sie muß von allen getragen werden. Es wird uns noch schlechter gehen, aber wir werden das überwinden.

Neue Erhöhungen bei Post und Eisenbahn?

Von besonderer Seite erfahren wir aus Berlin, daß sich das Publikum allmählich darauf vorbereiten muß, bald nach dem 1. Februar, vielleicht schon zum 1. März eine neue Erhöhung der Gebühren für Post und Eisenbahn in den Kauf zu nehmen. Zwar haben, um zunächst von der Post zu sprechen, die neuen gewaltigen Erhöhungen der Tarife ab 1. Januar eine erhebliche Einschränkung des Postverkehrs nach sich gezogen; trotzdem aber hofft die Postverwaltung, daß dieses Zurückschrecken allmählich wieder einer erhöhten Benutzung der Post Platz machen wird, wenn sich das Publikum an die neuen Preise „gewöhnt" haben wird. Bei der Eisenbahn ist es besonders der Güterverkehr, der zweifellos eine neue Belastung erfahren wird. Unter dem Druck der Ententeforderungen ist die Reichsbahn des Ersatz der Post und der Eisenbahn eine Notwendigkeit geworden, die nur durch neues Anziehen der Tarifschraube durchgeführt werden kann. Wie wir hören, sind Vorbereitungen über Erhöhungen der Tarife bereits im Gange; doch sind irgendwelche endgültigen Entschließungen noch nicht gefaßt worden. Fernerhin ist hierzu noch zu bemerken, daß es sich zunächst nur um die Beseitigung des sicut vorhandenen Defizits handelt. Welche Folgen die Aufbesserungen der Löhne und Gehälter nach sich ziehen, ist augenblicklich noch vorläufig nicht zu übersehen. Die Hoffnung also, daß es möglich sei, die überfälligen Tarife abzubauen, ist völlig ausschlossen; es wird vielmehr bald mit neuen Erhöhungen gerechnet werden müssen.

Sich selbst getreu.

Roman von Gerhard von Amyntor.

72. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ein Möbelhaus, der sich an die Plünderung eines Dreißigers gemacht hatte und sein meterlange Fetzen von herabfliegendem Flor und schwarzem Tuche anzuziehen bestrebt war, gab Anlaß, daß man sich eilig trennte.

Walter benutzte diese Gelegenheit und näherte sich, von seiner Familie unbemerkt, schnell noch einmal dem mit Just in anderer Richtung davongehen wollenden Justizrat.

„Ein Wort noch, mein Herr! Ich möchte über die Absicht Ihrer vorherigen Frage doch noch besser unterrichtet sein. Haben Sie vielleicht mir anbinden wollen? Ich bin nicht der Mann, welcher „kneift", ich stehe Ihnen jeden Augenblick zur Verfügung."

Seine Stimme zitterte vor innerer Erregung: er ärgerte sich, daß er vorhin so schnell eingelenkt und den anderen möglicherweise in der Vermutung bestärkt haben konnte, daß er einem ernstlichen Zusammentreffen vorsichtig ausweichen würde.

Tell sah den jungen Mann an und lächelte überlegen: „Verehrter Herr von Brank! Fragen Sie Ihren Herrn Vater, auf welche Weise der Justizrat Tell jemandem, von dem er beleidigt zu sein glaubt, zur Verantwortung zu ziehen pflegt. Der Bauer geht — und der bin ich heute nur noch — lacht über solche Albernheiten."

„Sie wollen doch nicht sagen", fragte der Jünkling, indem er befremdet einen Schritt zurücktrat, „daß Sie überhaupt keine Satisfaktion mehr geben würden?"

„In dem Sinne, in dem Sie es meinen: nein! Aber — entsehen Sie sich nicht, Herr von Brank — ungestraft würde mich trotzdem keiner beleidigen dürfen: wer meiner Ehre zu nahe träte, dem würde ich mit diesen meinen Fäusten die Knochen im Leibe zerbrechen, darauf verlassen Sie sich!"

Walter schauerte heimlich. Der Blick dieser strengen, entschlossen leuchtenden Augen bekundete, daß diese Äußerung wörtlich zu verstehen war. Er zwang sich zu einem Grinsen, das Hals bestimmung, Hals Widerwille sein konnte, und verbeugte sich, sehr artig den Hut ziehend.

„Verzeihen Sie meine Frage, Herr Justizrat, ich denke, zwischen uns ist alles in Ordnung."

„Vollkommen, Herr von Brank."

Der junge Mann wandte sich, um seiner Familie nachzueilen.

Tell sah ihm eine Weile hinnen nach, dann sagte er zu Just: „Ich habe ihn kurierte; er wird hinfort sehr höflich gegen mich sein, aber im Herzen hegt und verachtet er mich jetzt doppelt."

Das Blut stieg ihm zu Häupten und ingrimmig setzte er hinzu: „Der Teufel soll mich holen, wenn ich unter diesen Verhältnissen noch einmal nach Giesdorf gehe!"

20. Kapitel.

Es war in später Nachmittagsstunde, als Tell mit seinem Genossen wieder im Eisenbahnwagen saß.

„Warum wollten Sie nicht mit der Brankschen Familie heimfahren?" fragte Just, indem er forschend in Tells unzufriedenes Antlitz schaute.

„Wie können Sie noch fragen", gab dieser verdrießlich zurück, „haben Sie nicht meine Auseinandersetzung mit dem jungen Brank gehört?"

„Nein", sagte Just, der Wahrheit gemäß, „wie ich merkte, daß die Herren leise sprachen, habe ich mich gebührend zurückgezogen. Nur an den beiderseitigen Mienen sah ich, daß sie gewiß keine Liebenswürdigkeiten zu sagen schienen. Was geht Sie aber um des Himmels willen dieser junge Mann an? Ich glaubte, das Haus Brank entbiete einen ganz anderen Magneten für Sie."

Tell schaute sich um, ob auch die anderen Mitreisenden nichts gehört hätten, dann hat er leise: „Bit, nennen Sie keinen Namen!"

„Ich meine keinen, ich rede nur von „ihr", und „sie" verdiente es wohl, daß sie sich ein wenig mehr um sie kümmerten."

„Wer weiß?" stieß Tell bitter und trotzig hervor, „aus solchen Damen wird man nie recht klug."

Just machte große Augen und zog die Stirn in krause Falten: „Nehmen Sie mirs nicht übel: Sie sehen den Wald vor Bäumen nicht!"

„Sie hat mit mir von unserer alten „Freundschaft" gerebet — das ist ein schlimmes Symptom."

„Soll sie etwa von der Liebschaft zwischen Ihnen beiden reden? Ich bitte Sie, sehren Sie mich nicht die Weiber kennen!"

„Ho ho! Sie reden ja wie ein Don Juan! Haben Sie schon so vielen Schönen das Herz gebrochen?"

Just beugte sich vornüber, um die Schöße seines Paletots besser über die Knie zu ziehen, dabei verdeckte die Krempe seines heute schwarz umflorten Zylinderhutes die obere Hälfte seines Gesichtes. Man konnte aber erkennen, daß sich seine Wangen um einen Ton dunkler gefärbt hatten, und es schien, als ob er bei ihm entschlüpfte Äußerung bereute.

„Ich bin nie ein Hans Liederlich gewesen", versicherte er nach kurzer Pause, in der er seiner Verlegenheit Herr geworden war, „aber soviel steht man doch auf den ersten Blick, ob ein junges Mädchen einem Mann lieb hat oder nicht."

„Die in Rede stehende Dame ist nicht das, was man schlechthin und im gewöhnlichen Sinne des Wortes ein junges Mädchen zu nennen pflegt: eine frische, rotwangige Einfalt, ein unverfahrenes Gänschen, dem man die Regungen der Seele vom Antlitz ablieft. Sie ist ein bedeutendes Geschöpf, das den Verkehr mit gebildeten Männern sieht und ein erhabenes Gespräch jener banalen Ballsalderei vorzieht. Sie zeichnet mich vielleicht ein wenig aus, weil ich ihr immer aufrichtige Verehrung erzeigt habe — ob sie aber einem Bauern je die hochadelige Hand zum Bunde reichen würde, Teufel! das ist eine andere Frage, und ich bin nicht der Mann, der sich einen Korb zu holen auch nur die allergeringste Lust verspürt."

„Sie sind ein Selbstquäler und Grillenfänger. Sie werden von ihr geliebt mit aller Kraft und Treue, deren nur ein echtes Weib fähig ist."

Just neigte sich zu seinem Nachbar und brachte seine Lippen dicht an dessen Ohr, indem er flüsternd fortfuhr: „Ich bin damals im Neuen Palais unbemerkter Ohrenzeuge gewesen, wie sie dem sehr feierlich werbenden Herrn von Rankensteln einen Korb gereichen hat. Wissen Sie, warum sie den Antrag dieses stattlichen Offiziers nicht annahm? Weil sie schon einen anderen im Herzen trug, und dieser andere sitzt hier neben mir. Ja, schütteln Sie nur den Kopf, die Sache verhält sich doch ganz genau so, wie ich sage! Und im vorigen Herbst — alle Welt weiß es und selbst das Schloßgesinde in Giesdorf spricht davon — hat sie dem braven Herrn von Tellen ebenfalls einen Korb gegeben, der feuerfeste Alte, der immer mit der Unerschütterlichkeit seiner Hoggstock-Grundsätze prahlte, hatte dennoch Feuer gefangen und wollte sich von den zarten Härchen der Verführerin seine Ketten flechten lassen. Aber wiederum hat sie mein gesagt und sie wird sicher noch eine alte Jungfer werden, wenn nicht ein gewisser jemand bald Vernunft annimmt und das erlösende Wort spricht."

Tell lächelte trübselig, denn das, was der rebellische Genosse da vorbringt, tat ihm im Innersten doch eigentlich wohl. Plötzlich sieht er ihn prüfend an und fragt im Tone eines Untersuchungsrichters: „Sagen Sie, woher wissen Sie eigentlich alle diese Sachen? Und was haben Sie denn mit dem jungen Brank für Geheimnisse? Der bedankte sich ja bei Ihnen, als wenn Sie ihm das Leben gerettet hätten."

„Ach, das war nur im Scherze. Ich habe der betreffenden Dame dann und wann eine Reitstunde gegeben — beabsichtigte machte er soviel unnötige Worte."

„Sie? Reitstunden? Und Ellen Ihre Schülerin? Aber davon weiß ich ja kein Sterbenswörtchen! Wann haben denn diese Stunden stattgefunden?"

„Immer, wenn Sie mit dem Kilometerpaster Ihren Nachmittagsmarsch machten, und da Sie dies fast täglich taten, so habe ich in den letzten Wochen auch jeden Tag eine Stunde geben können."

„Hm! Aber der Vater der Dame, ein Reiter vor dem Herrn, warum übernahm dieser nicht den Unterricht?"

„Er wollte von der Reiterei seiner Tochter überhaupt nichts wissen, er meinte, die Herrschaft einer Dame über ihr Reitpferd wäre die reine Illusion . . . einen solchen Unsinn könnte er anderen nicht beibringen. Da habe ich mich denn angeboten."

„Und Sie verstehen auch dies?"

„Habe ich nicht einst Ihrer Frau Mutter das Reiten beigebracht, die nachher manches Tausend von Kilometern auf rohen, ungeberdigen Pferden im fernsten Westen zurücklegen mußte?"

„Was hatten Sie denn aber für ein Interesse, sich drüben so liebenswürdig zu machen?"

Der Befragte lächelt den Frager pfiffig an: „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft: wer den Diener gern hat, hat meist auch für dessen Herrn etwas übrig. Alle Beziehungen zwischen uns und drüben dürften doch nicht gelöst werden — —"

„O, wenn Sie nur gesehen hätten, wie eifrig mich eine gewisse Dame immer nach allem, was einen gewissen Herrn betrifft, ausfragte und wie ihr unsere Reitstunde offenbar nur aus diesem Grunde so willkommen war, Sie würden alle Ihre Zweifel und Skrupel längst über Bord geworfen haben!"

Sie hatten die Station erreicht und kehrten nun zu Fuß nach dem nahen Dorfe zurück.

„Sie meinen es gut mit mir, alter Freund", sagt Tell unterwegs an, während beide ihre hohen Hüte gegen den lebenden Wind verteidigen mußten, „aber . . . ich habe mich gepreßt und komme mehr und mehr zu diesem Resultat, daß ich mir die bewußte Dame aus dem Sinne schlagen muß, wenn ich nicht unehrlich handeln will."

Just schaute von der Seite zu seinem Gefährten in die Höhe und rief halb verwundert, halb ärgerlich: „Sie Hypochonder! Welchen neuen Grund der Selbstpeinigung haben Sie denn schon wieder aufgefunden?"

Tell zog den Arm seines Faktotums vertraulich unter den seinen und fagte lebhaft: „Menschenskind, begreifen Sie denn nicht, daß ich in Ellen nie die Vermutung wecken darf, als wollte ich mich je um ihre Hand bewerben?"

„Warum denn nicht? Ich denke, Sie erwidern die Neigung der Dame?"

„Neigung! Brauchen Sie kein so triviales Wort für den Zustand meiner Seele! Ich liebe Ellen über alles; ich verzehre mich in steter Sehnsucht nach ihr; ich könnte wahnsinnig werden bei dem Gedanken, daß ich ihr entsagen muß, und doch . . . und doch . . . ! Allmächtiger Gott! Warum hat du mir seine anderen Familienverhältnisse gegeben?"

„So lassen Sie doch endlich die Grille fahren, daß man Ihnen Ihre Verwandtschaft mit dem unseligen Peter Dechner noch nachtragen könnte!"

„Ach! Es ist nicht das allein", stöhnte Tell ingrimmig, indem er die geballte Faust schüttelte, „aber bedenken Sie . . . . meine Eltern, einen Gaukler und Abenteurer zum Vater, und zur Mutter vielleicht noch etwas Schlimmeres als eine Abenteurerin!"

„Herr Justizrat! Für Just unwahrscheinlich auf — er war ganz blaß geworden und hatte seinen Arm unter dem des Wegegenossen heftig hervorgezogen — „das ist nicht recht, daß Sie das Andenken Ihrer Eltern schänden!"

„Kann ich denn anders?" unterbrach ihn der Getadelte, „könnte ich denn je vor Ellens Eltern mit der Bitte hintreten, daß sie mir, dem Sprößling einer so unrühmlichen Familie, die Tochter zum Weibe geben?"

„Ihre Eltern sind unrühmlich gewesen . . . niemals!" erklärte Just mit voller Bestimmtheit. „Ihr Vater war leichtfertig gewesen sein, er hat einen Teil seines erworbenen Vermögens verspielt, einen anderen Teil sich durch Betrüger und Schelme abschwindeln lassen, aber immer ist er der Welt gegenüber ein achtbarer Mann geblieben und hat seinem Ihre Mutter geboren. Und Ihre Frau Mutter . . . nun Herr Justizrat, ich bente, Sie sollten Sie nach den Erklärungen des alten Herrn von Brank doch endlich richtiger beurteilen, wenn Sie auch, wie es scheint, nur, der ich ein Vierteljahrhundert mit ihr zusammen gelebt habe, nicht glauben wollen: Frau Wilhelmine Tell war eine ehrbare Frau, und wenn Sie noch lebte, Sie hätten sich ihrer wahrlich nicht zu schämen, ja, Sie würden sie vielleicht mit bestem Erfolge als Fürsprecherin nach Giesdorf senden können!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0005

Die Wirtschaftslage Deutschlands.

Geheimrat Bücher über Cannes und Genua.

Berlin, 13. Jan. Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt am Mittwoch in Berlin eine Sitzung ab. Geheimrat **Bücher** erstattete dabei einen Bericht über die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands, in dem er vor allem betonte, daß die Konferenz in **Cannes** bisher denselben Verlauf genommen habe, wie alle anderen Konferenzen.

Es wurden Deutschland Bedingungen gestellt, die die Wirtschaftspolitiker der ganzen Welt für undurchführbar hielten. Das Verlangen der Finanzkontrolle sei der Anfang einer diese publique. Unsere einzige Hoffnung ruhe heute auf der Wirtschaftskonferenz in Genua. Wir müssen die Gelegenheit haben, als gleichberechtigte Unternehmer mitzuberaten, sonst bliebe uns nichts übrig, als abzuwarten, bis die Wirtschaftskreise der Gegenseite zur Einsicht kämen und die Teilnahme an der Konferenz ablehnten. Die Tendenz in den englischen Forderungen, die sich mit den französischen Industrieinteressen vereint haben, liege darin, die **Arbeitsbedingungen** in Deutschland in ihren Ertragwerten **hinaufzuschrauben**, also die Erzeugung zu verteuern. Deutschland solle unter schwierigeren Bedingungen produzieren. Wenn Deutschland aber die gleiche Zahl Arbeitslose bekomme, wie England, dann sei es um uns geschehen. Auf der Konferenz von Genua müßten wir mit einem **neuen Programm** hervortreten. Die Reparationsfrage sei demgegenüber von geringerer Bedeutung. Wichtiger sei die Frage der Beschäftigung der Menschen und die Herstellung des natürlichen Warenaustausches. Die Konsumkraft der Völker könne aber nur durch den Aufbau Zentraleuropas und Rußlands, durch Wiederherstellung des Verkehrswesens und die Freizügigkeit im Handel gewährleistet werden.

Das Siedlungsprogramm für 1922.

Zusammentritt der Kulturamtspräsidenten.

Im preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten finden unter dem Vorsitz des Ministers am 13. und 14. Januar Beratungen über die zweckmäßigste und beschleunigte Durchführung der den Landeskulturbehörden obliegenden Aufgaben auf dem Gebiete des Siedlungswesens, der Kultivierung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien und der wirtschaftlichen Umlegung von Grundstücken statt. Es werden daran die sämtlichen Kulturamtspräsidenten, am zweiten Tage, an dem insbesondere auch das Siedlungsprogramm für 1922 besprochen werden soll, auch die Direktoren der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, sowie die Vorsitzenden der Landlieferungsverbände teilnehmen.

*

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Beuthen, 13. Jan. Gestern vormittag empfing Präsident Calonder im Rathause zu Königshütte weitere Abordnungen der deutschen Bevölkerung. Reichsminister a. D. Schiffer stellte die Vertreter der deutschen Gewerkschaften vor. Danach nahm Präsident Calonder das Wort und sagte in längeren Ausführungen u. a., er sei in seiner Entscheidung von niemandem abhängig und werde nach bestem Wissen und Gewissen urteilen. Die Frage des Schutzes der Minoritäten gehöre zu denjenigen internationalen Problemen, die seine ganze Sympathie besäße.

Ein deutsches Wirtschaftsprogramm für Genua.

Wie wir aus Berlin erfahren, hat das Präsidium, der Vorstand und der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie in einer Sitzung beschlossen, für die Wirtschaftskonferenz in Genua ein klares Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Die Denkschrift soll genaue Unterlagen bieten für Deutschlands Wirtschaftslage und für seine Leistungsfähigkeit. Für die Redigierung der Denkschrift ist eine Kommission gewählt worden.

*

Die Präsidentenbegegnung in München.

München, 12. Jan. (WTB.) Die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, Dr. Hieber und Hummel, die mittags einer Einladung des württembergischen Gesandten v. Moser folgt waren, hatten im Laufe des Nachmittags beim Tee Besprechungen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, Grafen Lerchenfeld, über schwebende Fragen der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Anlaßung für die Besprechungen war der Wunsch nach einem engeren Kontakt zwischen den Regierungen der süddeutschen Nachbarländer, um verstimmende Mißverständnisse in Zukunft zu vermeiden sowie im herzlichen Einvernehmen den Reichsgedanken zu stärken. In diesem Zusammenhang wurde auch die bayerische Absicht auf Wiederbesetzung des Stuttgarter Gesandtenpostens erörtert. Morgen abend veranstaltet Graf Lerchenfeld den beiden Präsidenten zu Ehren ein Essen mit anschließendem Empfang, zu dem verschiedene führende Persönlichkeiten der bayerischen Wirtschaft und Politik geladen sind.

Die französische Ausbeutung Oberschlesiens.

Warschau, 12. Jan. (Priv.-Telegr.) Zu dem kürzlich hier erwähnten polnisch-französischen Vertrag über Oberschlesien, der ein gemeinsames Konsortium zur Ausbeutung der staatlichen Gruben und Hütten sowie die Gründung einer polnisch-französischen Bank vorsieht, wobei das von Polen einzulegende Geld von französischer Seite vorgeschossen wird, weist der Krakauer „Czas" weiteres mitzuteilen. Nach ihm hat Frankreich sich auch verpflichtet, die für die Erhaltung des Betriebes im polnischen Oberschlesien benötigten Milliarden deutscher Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

*

Sozialpolitischer Rückblick.

Der **Leipziger Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie** hat aufs neue gezeigt, wie gering die Aussichten auf eine Einigung der drei sozialdemokratischen Parteisplitter heute noch sind. Einig sind dagegen noch immer die sozialdemokratischen Gewerkschaften, und der Abg. Dißmann konnte in Leipzig feststellen, daß die Versuche der Kommunisten, auch das Bollwerk der Gewerkschaften niederzureißen, schmählich zuschanden geworden seien. Ist dieses Ergebnis vom sozialpolitischen Standpunkt aus erfreulich, so muß andererseits die Überschätzung der Macht der Gewerkschaften, wie sie bei den Führern der Unabhängigen oft zu beobachten ist, als unheilvoll bezeichnet werden. Dißmann erklärte z. B auf dem Leipziger Parteitage, keine Regierung könne heute in Deutschland existieren, wenn die Gewerkschaften und der Afa-Bund zusammen mit den radikalen Parteien sich zur Wehr setzten. Ein solches Pochen auf die Macht im Staate muß die Massen schließlich immer wieder zu unglücklichen Gewaltproben, wie dem jüngsten Eisenbahnerstreik, der die Gesamtproduktion in plötzliche Lebensgefahr brachte, verführen. Daß in einer geschwächten Wirtschaft die Bäume der Gewerkschaften nicht in den Himmel wachsen, hat auch der soeben beendete Bauarbeiterstreik bewiesen. Trotz längeren Streiks haben die Arbeitnehmer die Ziel eines 15-*M*-Stundenlohnes nicht erreicht. Das für die Wiederaufnahme der Arbeit getroffene Übereinkommen sieht im Januar einen Stundenlohn von 12,75 *M*, im Februar und März einen solchen von 13,50 *M* vor, bleibt also weit hinter den Forderungen zurück. Volkswirtschaftlich schädlich muß es außerdem wirken, wenn abermals die Spanne zwischen den Löhnen gelernter und denen ungelernter Arbeiter verhältnismäßig geringer geworden ist. Der Anreiz, ein Handwerk zu erlernen, wird auf diese Weise immer geringer. Unsere wirtschaftliche Zukunft beruht aber auf der Leistung qualifizierter Arbeit, deren Bezahlung heute vielfach ungebührlich hinter der ungelernter Lohnarbeit zurückgeblieben ist.

Der Afa-Bund der Angestelltenorganisationen wetteifert an gewerkschaftlichem Radikalismus vielfach mit den im USPD.-Fahrwasser segelnden Arbeitergewerkschaften. Er hat für die Angestellten im Einzelhandel jetzt die Forderung einer 40 prozentigen Gehaltserhöhung gestellt und damit erreicht, daß die Arbeitgeber sich weigern, auf Grund dieser Forderungen überhaupt zu verhandeln. Anstatt nun den Spruch des Schiedsgerichts anzurufen, haben sich die Afa-Führer mit den im Transportarbeiterverband organisierten radikalen Handelshilfsarbeitern in Verbindung gesetzt und drohen mit einem **gemeinsamen Streik**. Da die Hochkonjunktur im Geschäftsleben schon stark abgeflaut ist und da die Arbeitgeber andererseits zu weitgehendem Entgegenkommen sich bereit erklärt haben, so sollte es möglich sein, den für beide Teile recht schädlichen Konflikt durch sofortige Beschreitung des Verhandlungsweges zu vermeiden. Der Machtstandpunkt muß endlich auf beiden Seiten aufgegeben werden.

Im Auftrage des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften hat dessen Geschäftsführer Baltrusch den Entwurf einer Vereinbarung der Gewerkschaften über die gemeinschaftliche Stellungnahme zu „wilden Streiks" ausgearbeitet. Die örtlichen Verwaltungen aller Organisationen sollen verpflichtet werden, in solchen Fällen jede Finanzierung zu untersagen und ihre Mitglieder öffentlich vor der Teilnahme zu warnen. Alle gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben sich auf den Boden dieses Entwurfs gestellt. Nur der sozialdemokratische „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" hat auch in diesem Falle formelle Einwendungen erhoben. Gelingt es nicht, **freiwillige** Vereinbarungen auf diesem Gebiet zustande zu bringen, so wird die Einschränkung „wilder" Streiks durch eine obligatorische Schlichtungsordnung um so dringender.

Merseburg und Umgegend.

13. Januar.

** **Gültigkeitsdauer von Fahrkarten.** Aus Anlaß der Tariferhöhung im Personenverkehr, die am 1. Februar 1922 eintritt, hat die Eisenbahnverwaltung die Gültigkeit der Fahrkarten für die Zeit vom 29 bis 31. Januar beschränkt. Mit Fahrkarten, die mit einem Tage des Januars abgestempelt sind, muß die Reise im Januar angetreten werden.

** **Nachgebühr für unzureichend freigemachte Briefsendungen.** Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe sowie für unzureichend freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen wird seit dem 1. Januar gemäß der Bestimmungen des Postgebührengesetzes das Doppelte des Fehlbetrags, **mindestens aber ein Betrag von 50 Pfg.** nacherhoben.

** **Bockbier!** Zum ersten Male seit dem Kriege treten, unsere Brauereien wieder mit „Bockbier" auf den Plan, und zwar in einer Qualität, die bei Beifall aller Bierfreunde finden wird. Ein Starkbier ist's, eingebraut mit dem gesetzlich zulässig höchsten Prozentsatz, und daß unsere Brauereien sich erfolgreich bemühten, mit diesem „Bock" etwas besonderes zu bieten, dafür werden ihnen alle Verehrer des Cambrinus dankbar sein.

*

Generalversammlung des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Ortsgruppe Merseburg

Für Dienstag abend hatte die Ortsgruppe des Einheitsverbandes Merseburg ihre Generalversammlung im Saale des Gasthofs „Zur grünen Linde" einberufen. Der äußerst zahlreiche Besuch zeugte für das Interesse. Gegen 8¼ Uhr eröffnete der erste Vorsitzende Herr **Hirschfeld** die Versammlung und überbrachte ihr seitens des Vorstandes die besten Wünsche für das neue Jahr, gleichzeitig begrüßte er den neuen Gauleiter Herrn Borchardt. Darauf trat die Versammlung in die Erledigung der sehr reichhaltigen Tagesordnung ein. Zunächst verlas der Schriftführer das Protokoll der vorigen Versammlung, das genehmigt wurde. Dann ergriff der Vorsitzende das Wort zum

Geschäftsbericht,

der klar und eingehend die Entwicklung der Ortsgruppe und das unermüdliche Arbeiten und Schaffen an den Schicksalsfragen der Kriegsopfer zeigte. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Ortsgruppe des Einheitsverbandes hat sich erfolgreich entwickelt. Die Mitgliederzahl hat sich mehr als verdoppelt. Die Organisationsarbeit ist gemäß dem Erfurter Beschluß vom November 1920 auch in unserer Ortsgruppe eine straffere gewesen, um die Organisation schlagkräftig zu machen und zu erhalten, haben sich auch die finanziellen Anforderungen an die Mitglieder gesteigert. Das Hauptziel der Organisationsarbeit ging dahin, Aufklärung auf allen die Kriegsopfer angehenden Gebieten zu schaffen. Zu diesem Zwecke sind mehrere gute Referate gehalten worden. Besonderes Interesse hat die Ortsgruppe der Beschaffung von Siedlungsland und Errichtung von Kriegerheimen stets entgegengebracht; leider ist diesem einem praktischem Problem von den maßgebenden Stellen nicht die genügende Beachtung geworden. Redner illustriert an Hand von Beispielen die von anderen Ortsgruppen des Einheitsverbandes auf diesem Gebiete errungenen Erfolge und äußert die Hoffnung daran, daß man endlich auch in Merseburg die Initiative ergreifen möge. Um die wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen durchzuführen, sind die Behörden ersucht worden, Arbeitsstellen frei zu machen; leider ist auch in dieser Hinsicht nicht überall der erwünschte Erfolg eingetreten. Die Ortsgruppe wird aber in Zukunft diese Fragen mit sehr Energie verfolgen. Ein beim Kohlensyndikat in Leipzig gestellter Antrag zwecks günstiger Belieferung mit Kohlen scheiterte an dem enaberzigen Standpunkt dieser Institution. Der Antrag auf Gewährung von Schulentlassungsgeldern fand beim Magistrat Unterstützung, ebenso erfolgte eine Belieferung von Lederschlen an diese Kinder. Eine Kartoffelbeihilfe wurde im März 1921 ausgezahlt. Die Geschäftsleute der Stadt haben in großer Anzahl den Kriegsopfern Vergünstigungen beim Warenkauf ermöglicht, diese Maßnahme wird dankend anerkannt. Der Einsatzung Merseburgs in eine höhere Lohnklasse hat die Ortsgruppe immer berechtigtes Interesse entgegengebracht, zusammen mit den Beamten- und Eisenbahnerorganisationen ist hier gemeinsam erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Die Abtrennung der Fürstorgesteile Merseburg-Stadt von der Fürsorgestelle Merseburg-Land hat sich bewährt, da die Organisation des Landbezirks noch erhebliche Mängel aufweist, die auch von dem neuen Leiter des Landratsamtes erkannt und sicherlich bald zum Verschwinden gebracht werden. Die Umanerkennung der Renten für die Kriegerwitwen ist so gut wie durchgeführt, auf die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung des Verfahrens für die Kriegsbeschädigten wird immer aufs neue hingewiesen. Zu der wer-

Zum Kapitel H. Courths-Mahler.

Pille war als Redakteur bestrebt,
immer unterm Strich was abzudrucken,
wodamit der Mensch die Bildung hebt . . .
eines Tages mußt' ihn denn dieses jucken:

Goethes Wahlverwandte druckt er keck,
doch zur Lust der Abonn'mentsbezahler
setzt er als Verfasser: H. Courths-Mahler,
hoffend, manche Mans geh' auf den Speck.
Einige fanden denn auch: Na, es geht!
Doch die meisten schrieben sehr beleidigt,
immer hätten sie C.-M. verteidigt,
doch jetzt säh'n sie selbst: Total verdreht!

*

Philosophie am Laternenpfahl.

Von Georg Strelifter.

—..—..—... Nicht immer ist unser Leben ein langes Hoffen. Gerade in dieser Zeit nicht, die so viel Hoffnungen jäh zerstört, ehe sie noch recht aufgekeimt sind. Mehr ein Warten scheint es auf Erfolg, auf Glück, auf irgend etwas, das unsichtbar neben oder über uns steht und doch nicht zu greifen ist. Oder vielleicht doch? — Und deshalb wartet man eben! . . . Schicksale in Wirklichkeiterschtung spiegeln die Menschen wieder, die da harren, in Erwartung fiebernd oder allmählich dahinfrierend. Du siehst sie an den Straßenkreuzungen, bald eilig hin- und herrippelnd, von Ungeduld verzehrt, ungewiß bangend oder steif, unbeweglich an der Mauer lehnend oder neben einem Laternenpfahl. Ihr ganzes Wesen erkennst du mit einem Blick: den Sanguiniker, den Phlegmatiker oder den still lächelnden Melancholiker. Gilt es ein Stelldichein mit der Geliebten, eine Zusammenkunft mit einem Freund oder eine geschäftliche Besprechung? Es bleibt sich gleich. Stehen sie eine Weile vergeblich da und es kommt niemand, dann werden sie entweder unruhig, nervös, oder sie zucken entsagungsvoll mit den Achseln und gehen fort und warten auf — morgen. Es gibt auch manche, die an den Straßenkreuzungen harren und nicht wissen, auf wen, auf was? Sie bleiben plötzlich stehen, und es ist ihnen, als müßte sich irgend etwas nahen und sie anrufen. Ein Erlebnis! Ein Erhofftes! Wagen, Autos, Menschen, ziehen vorüber, bald eilig und hastend, bald gemächlich daherschlendernd, und es ist keiner unter ihnen, kein einziger, der das ungewisse Verlangen der Erwartung stillt. Dann drehen die Wartenden sich plötzlich um und gehen ihres Weges — irgend wohin. Auf was warten wir denn eigentlich? Genau genommen: auf die unbezahlte Schneiderrechnung der Frau, auf eine Enttäuschung von gestern und auf eine Hoffnung von morgen. Aber es gibt Erwartungen, die sich erfüllen. Man trifft sich und lächelt sich zu und wandert frohbewegt nebeneinander her, um wenige Stunden später wieder Abschied voneinander zu nehmen. Und wieder beginnt man zu warten. So gibt es Erwartungen, die zum Erlebnis werden, ohne sich zu erfüllen. Sie sind vielleicht die schönsten, denn sie verklären sich in der Erinnerung, werden qualvoll und süß zugleich. Und so ist jedes Erlebnis ein Warten auf eine Erinnerung, so lange wir streben und benten und fühlen. Schließlich und endlich — auf was warten wir alle nach Erreichung unserer nächsten Ziele, nach dem kurzen Glück, das uns ein flüchtiger Augenblick beschert? Auf das letzte große Erlebnis, das **keine** Erinnerung mehr aufkommen läßt, das uns von dem ewig bangen, ungewissen Gefühl des Harrens erlöst — einmal und für immer — .. —... Na endlich, daß Sie kommen, Fräulein Kamillal Ich habe mir schon einige Kopfschmerzen durch das lange Stehen geholt! Aber jetzt wollen wir dafür einen guten Kaffee trinken, denn mit der Warterei am Laternenpfahl sind mir so allerlei Gedanken gekommen . . . Gut, daß Sie gekommen sind!

*

„Ich werde zu dick, Herr Doktor . . ."

Der Mensch ist bekanntlich nie zufrieden. Während der Kriegsjahre, als das Gesamtgewicht der Bewohner Deutschlands infolge der erzwungenen Hungerkur eine erhebliche Verminderung erfahren hatte, waren die meisten Menschen unglücklich über die starke Gewichtsabnahme. Sie äußerte sich zunächst darin, daß alle Kleidungsstücke enger gemacht werden mußten, und weiterhin in einer ganz bedenklichen Hinfälligkeit gegenüber auftretenden Erkrankungen. Die Arbeitsfähigkeit dieser Menschen, namentlich auch geistiger Arbeiter, litt darunter. Organsenkungen und andere Beschwerden, die mit dem Schwund der innerlichen Fettdepots zusammenhingen, traten in ungewohnt hoher Ausprägung auf. Und wahrscheinlich ist das auffällige zahlreiche Sterben gerade junger Mütter, stillender Frauen während der großen Grippeepidemie 1918 auf diesen Mangel an Reservetoffen zurückzuführen.

Jetzt ist die Ernährung besser geworden. Für den Vermögenden hat sie sich auf den Friedenszustand wieder hergestellt, für den wirtschaftlich Schwächeren überwiegt sie auf jeden Fall die rationierten Ernährungsmengen der Kriegszeit. Eine natürliche, gemünschte und vom gesundheitlichen Standpunkt aus notwendige Folge ist der Ersatz zunächst der verloren gegangenen inneren Fettdepots, weiterhin der äußeren, unter der Haut gelegenen. Aber der Mensch ist, wie gesagt, bekanntlich nie zufrieden. Sofort ruft jeder: „Ich werde zu dick! Das ist so unbeschreiblich, wie ich gewehme! Alle meine Anzüge muß ich mir weitermachen lassen, Sehen Sie nur, Herr Doktor —!"

Nun, dieses den Laien so sehr erschreckende Symptom: den Anzug weitermachen lassen zu müssen, kann auch den besorgtesten Arzt nicht beunruhigen. Bei dem, der sich körperlich auf seinen Friedenszustand wieder herstellt, ist es selbstverständlich, daß eine Erweiterung der zu engen Kleidungsstücke notwendig wird. Man redet viel von Nahrungsminimum, d. h. der geringen Nahrungsmenge, die nötig ist, um einen Menschen am Leben zu erhalten, von Eiweißminimum, Fettminimum usw.. Viel wichtiger ist aber die Frage nach dem Nahrungsoptimum, d. h. nach der Nahrungsmenge, die am besten und gesündesten Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit des Menschen verbürgt. Die zuträglichste Nahrungsmenge muß so beschaffen sein, daß sie die Auffpeicherung von Reservedepots im Körper ermöglicht. Hunger ist angeblich der beste Koch, aber sicher nicht der beste Gesundheitsbewahrer. Kurze Zeit hungern, — das tut jedem gesunden Organismus gut. Aber auf die Dauer sind Widerstandskraft gegen Krankheit und Vollbesitz der Arbeitsfähigkeit nur bei hinreichender Ernährung möglich. und man braucht nicht zu erschrecken, wenn jetzt, nach der Hungerzeit des Krieges, eine durchschnittliche Gewichtszunahme wieder eintritt. Es soll natürlich hier nicht übermäßiger Nahrungszufuhr, insbesondere wohlentbehrlicher Belastung mit alkoholischen Getränken, das Wort geredet werden, — für die meisten Menschen in Deutschland verbietet sich das aus wirtschaftlichen Gründen von selbst, — wohl aber einer hinreichenden und auch vielseitigen Ernährung. Wer über eine gewisse Grenze hinaus nicht zunehmen will, — nachdem er eingeholt hat, was in den Kriegsjahren verloren wurde! —, der möge durch Steigerung seiner körperlichen Ausgaben: durch Bewegung und Sport, eine günstige Stoffbeit des ganzen Körperaufbaus herbeiführen.

Etwas anderes ist bei einer auf geborener Veranlagung bestehender Neigung zu übermäßigem Fettansatz. Solche geringer — oder höhergradigen Arten von Fettsucht bedürfen entsprechender Behandlung, zumal die Fettleibigkeit, wie Strümpell sagt, oft nur als eine der vielfachen schädlichen Folgen einer unhaltend unvernünftigen Lebensweise erscheint. In der Mehrzahl der Fälle muß auch die Nahrung hier, in geeigneter Weise eingeschränkt werden. Es ist aber dringend davor zu warnen, wie es vielfach geschieht, eine Abmagerungskur ohne sachverständige ärztliche Leitung durchzuführen. Der eine hat sich ein System ausgedacht oder empfohlen bekommen, wobei er sich radikal alle Fettzufuhr entzieht, oder alle Kohlehydratzufuhr. Der andere verbannt jede Flüssigkeit aus seiner Ernährung, trinkt keinen Tropfen Wasser, ißt keine Suppe usw. Eine Abmagerungskur ist immer eine „Kur", was mit dem lateinischen cura = die Sorge, zusammenhängt, also zunächst sorgenvoller und sorgfältiger Überlegung bedarf. Bei der brüsken und hemmungslosen Eingriffnahme, wie sie solche Abmagerungsquantäter belieben, sind Schädigungen, namentlich des Herzens und der Nerven, unausbleiblich. Nur langsames und vorsichtiges, dabei allerdings zielbewußtes Vorgehen, unter genauer Kenntnis und Beachtung der ernährungsphysiologischen Tatsachen, wird ohne Schädigung für den Kranken das gewünschte Ziel erreichen lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0006

teuerten Lebenshaltung ist in den Versammlungen des öfteren Stellung genommen worden, die von dem Reichsarbeitsministerium ergriffenen Gegenmaßregeln werden für vollständig unzureichend erachtet. Die beiden führenden örtlichen Organisationen, der Ortsverband und der Reichsbund, haben sich daher veranlaßt gesehen, gemeinsam an den Reichstag, das Reichsarbeitsministerium sowie an ihre Verbandsleitungen je ein

Protest-Telegramm

am Neujahrstage folgenden Inhalts zu senden:

Die im Industriegebiet Merseburg—Leuna—Geiseltal lebenden Kriegsopfer leiden furchtbar unter den bestehenden Teuerungsverhältnissen. Die gesetzliche Versorgung des Staates ist bedeutungslos. Alle Maßnahmen der Regierung haben die Not nicht lindern können, weil sie völlig unzureichend sind. Die im Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Merseburg, und im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Merseburg, organisierten Kriegsopfer protestieren daher hiermit aufs schärfste gegen das Vorgehen der Reichsregierung, insbesondere gegen die Verordnung Nr. 1219 des Reichsarbeitsministeriums, die Verzögerungen der Reformen zum Reichsversorgungsgesetz und die Verzögerung der Umanerkennungen.

Unser Protest richtet sich aber vor allen Dingen gegen die völlig unzureichende Teuerungsbeihilfe und den Ausschluß der im Erwerbsleben stehenden Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen. Wir können nicht dulden, daß alle unsere Kameradinnen und Kameraden die unter Aufbietung aller Kraft einem Erwerbe nachgehen, hierfür bestraft werden und man sie von der Zahlung der Beihilfen ausschließt.

Die Übertragung der Aufgaben aller Teuerungsaktionen an die die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene bedeutet eine unverantwortliche Belastung und macht diesen Stellen eine zielbewußte, praktische Fürsorgearbeit, wenn nicht unmöglich, so wird sie doch aber vernachlässigt und in den Hintergrund gedrängt.

Ferner fordern wir nunmehr sofortige Erfüllung folgender 12 Punkte:

1. sofortige Aufhebung der Verordnung 1219;
2. sofortige Bereitstellung ausreichender Mittel;
3. sofortige Einberufung der Organisationen zu erneuten Verhandlungen über Festlegung ausreichender Teuerungsmaßnahmen;
4. unbedingte Erhöhung der Versorgungsgebührnisse für alle Versorgungsberechtigten gemäß § 87 des RVG.;
5. sofortige Einleitung der Reformarbeiten zum Reichsversorgungsgesetz;
6. restlose Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für alle Kriegsbeschädigten, vor allem dauernde Existenzen für die Schwerbeschädigten;
7. sofortige gesetzliche Regelung der Heilfürsorge für die Hinterbliebenen;
8. schnellste wirtschaftliche Existenzsicherung der völlig hilflosen Kriegsopfer;
9. sofortigen zielbewußten Ausbau der gesamten sozialen Fürsorge;
10. Reinigung der Versorgungs- und Fürsorgebehörden sowie Versorgungsgerichte von Elementen mit mangelndem sozialem Empfinden;
11. Beschleunigung der Umanerkennungsarbeiten;
12. Vermittlung einer direkten Vorsprache der deutschen Kriegsopferorganisationen bei der Reparationskommission im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.

Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß man diesen Verzweiflungsschrei nicht ungehört verklingen läßt und es endlich gelingen möge, den Kriegsopfern erträgliche Lebensbedingungen zu verschaffen. Anschließend gab der Kassierer, Herr Witte, den Kassenbericht, der zeigte, daß die Ortsgruppe auch finanziell auf festen Füßen steht; der Unterstützungsfonds, aus dem besonders bedürftige Mitglieder kleinere Beiträge auf Antrag beziehen können, enthält eine ganz erfreuliche Summe. In der darauf erfolgenden

Vorstandswahl

wurde dem alten Vorstand, besonders dem bewährten Vorsitzenden, Schriftführern und Kassierern, aus der Versammlung heraus der Dank ausgesprochen. Zum 1. Vorsitzenden wurde einstimmig Herr Hirschfeld, zum 2. Vorsitzenden Herr Voigt, zum 1. Schriftführer Herr Starke, zum 2. Schriftführer Herr Ullmann, zum 1. Schatzmeister Herr Witte und zum 2. Schatzmeister Herr Bauer wiedergewählt; zu Beisitzern wurden gewählt die Herren Schwole, Weck, Hauptmann und Frau Grube; zu Kassenrevisoren die Herren Korb und Blume; zu Funktionären die Herren Brautin, Blume, Schwal, Fiedler, Woizniat, Frau Dreier und Frau Rasch, in die Unterstützungskommission die Herren Schwole, Bauer, Frau Zeinermann.

Zu Punkt Beitragserhöhung wurde beschlossen, unter Berücksichtigung der noch steigenden Teuerung einen Monatsbeitrag von 8 ℳ zu zahlen.

Nachdem noch mehrere kleinere Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der 1. Vorsitzende gegen 11 Uhr die interessante Versammlung mit der Mahnung, auch in dem neuen Jahre dem Einheitsverband treu zur Seite zu stehen und für die Kriegsopfer wertvolle Arbeit zu leisten.

Suchen Sie Landkundschaft?

so inserieren Sie in dem in diesen Ortschaften durch eigenen Botendienst verbreiteten „Merseburger Korrespondent"!

Anfiedlg. Freienfelde, Anfiedlg. Gef.-Lager, Atzendorf, Baldsitz, Bedra, Benkendorf, Beundorf, Beuchlitz, Birchdorf, Blösien, Borbfeld, Bündorf, Burgsladen, Caja, Corbetha (Sand), Crölwitz, Crumpa, Cracau, Daspig, Dehlitz a. Berge, Dölkau, Dörstewitz, Dürrenberg, Eisdorf, Eglingen, Fährendorf, Frankleben, Gaswerk-Baracke, Geiseltröhlitz, Geusa, Göhlitzsch, Göhren b. Jöschen, Goitzsch, Gräfendorf b. Neumark, Groß-Göhren, Groß-Görschen, Groß-Gräfendorf, Groß-Kayna, Groß-Ostrau, Günthersdorf, Hohenweiden, Holleben, Horburg, Kämeritz, Keutzberg, Kirch Fährendorf, Klein-Göhren, Klein-Görschen, Klein-Gräfendorf, Klein-Kayna, Klein-Lauchstedt, Knapendorf, Kolzen, Körbisdorf, Kölschau, Kötzschen, Kötzschlitz, Kriegsdorf, Kriegstedt, Lauchstedt, Lennewitz, Leuna-Dorf, Leuna-Werk, Löpitz, Lösen, Lützen, Lützkendorf, Meuschau, Michlitz, Milzau, Möckerling, Möritzsch, Mücheln, Naundorf, Netzschkau, Neu-Biendorf, Neukirchen, Neumark-Land, Neumark-Kolonie, Neumark-Dorf, Neu-Rössen, Nied.-Beuna (Dorf), N.-Beuna (Kolonie), Nieder-Kriegstedt, Nieder-Clobicau, Ober-Beuna, Ober-Kriegstedt, Ochendorf, Ostrau, Ober-Clobicau, Pörsten, Pretzsch, Porbitz-Poppitz, Rahna, Raschwitz, Rattmannsdorf, Reipisch, Rippach, Röcken, Rockendorf, Rössen-Dorf, Runstädt, Schadendorf, Schafstädt, Schkopau, Schladebach, Schotterey, Schortau, Schneßmitz, Starsiedel, Sössen, Spergau, Strößen, Tragarth, Unter-Kriegstedt, Wallendorf, Wegwitz, Wernsdorf, Zscherneddel, Zöschen, Zöbigker, Zscherben, Zitzau, Zweimen, Zschöchergen, Züzschdorf

Außerdem in vielen hunderten Orten durch die Postbriefträger.

Daher das beste Werbemittel des Kaufmanns.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 4 — Freitag, den 13. Januar — 1922

Wahl der Vertrauensmänner u. Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung.

Auf Grund des § 15 der Wahlordnung für die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner (§§ 145 ff. des Versicherungsgesetzes für Angestellte) vom 3. Juli 1922 und im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 5. Dezember 1921 — III. V. 1278/21 — bringen wir hierdurch die eingereichten Wahlvorschlagslisten zur öffentlichen Kenntnis.

Es sind folgende Wahlvorschlagslisten eingereicht:

Für die Wahl der Vertrauensmänner aus dem Kreise der Arbeitnehmer.

Vorschlags-Liste A

des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA. AfA) Ortsverband Merseburg.

1. Franz Gute, Rechnungsrevisor, hier, Georgstr. 4.
2. Wilhelm Klemenz, Gemeindesekretär, hier, Lauchstädter Str. 9.
3. Max Wolf, Verwaltungsangestellter, hier, Lauchstädter Str. 24.
4. Kurt Fischer, Techniker, hier, Weißenfelser Str. 17.
5. Kurt Fenker, Lagerist, hier, Johannisstr. 17.
6. Josef Haupt, Buchhalter, hier, Neumarkt 22.
7. Fritz Trella, kaufmännischer Angestellter, hier, Wilhelmstr. 9.
8. Hans Friedling, kaufmännischer Angestellter, hier, Kampbad 5.
9. Peter Tragwert, Kaufmann, hier, Lauchstädter Str. 46.

Vorschlags-Liste B

des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften,

1. Walter Bock, kaufm. Angestellter, hier, Domplatz 9.
2. Otto Wasserscheider, kaufm. Angestellter, hier, Rim Bahnhof 2.
3. Anna Gesellchatty, Kontoristin, hier, Holzelle Str. 117.
4. Martin Viehweg, kaufm. Angestellter, hier, Karlstr. 16.
5. Max Wagner, Bautechniker, hier, Bürgergarten 9.
6. Otto Bäuerer, kaufm. Angestellter, hier, Kanner Str. 24.
7. Hugo Müller, Bureauvorsteher, hier, Merseburger Str. 13.
8. Wilhelm Böse, kaufm. Angestellter, hier, Entenplan 9.

Vorschlags-Liste C

bei Ala-Bundes, Ortskartell Merseburg.

1. Otto Zänck, Werkmeister, hier, Moltkestr. 1.
2. Rudolf Schulze, Ingenieur, hier, Friedrichstr. 30.
3. Albert Richter, Bürovorsteher, hier, Obere Breite Str. 5.
4. Anna Zeile, Bahnhofshalterin, hier, Roter Brückenrain 5.
5. Friedrich Göbel, Heizer, hier, Lauchstädter Str. 21.
6. Richard Schmidt, Werkmeister, hier, Karlstr. 29.
7. Max Zeinermann, Bahnhofsvorsteher, hier, Merseburger Str. 11.
8. Arthur Rasch, Ingenieur, hier, Neumarkt 19.
9. Wilhelm Jähne, Maschinenmeister, hier, Holzelle Str. 4.

Die Listen A und B sind miteinander verbunden.

Eine Wahl der Vertrauensmänner aus dem Kreise der Arbeitgeber (§ 16 der Wahlordnung vom 3. Juli 1922) findet am Sonntag, den 22. Januar 1922 nicht statt, da nur eine Liste eingegangen ist.

Die Namen der Vertrauensmänner aus dem Kreise der Arbeitgeber werden noch zugleich mit den Namen der gewählten Vertrauensmänner aus dem Kreise der Arbeitnehmer veröffentlicht.

Merseburg, den 13. Januar 1922.

III. V. 1296/21. **Der Wahlleiter.** Klemm, Stadtrat.

Betrifft: Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung.

Angestellte, aus deren Versicherungskarte sich nicht ergibt, daß sie in Merseburg ihren Wohnsitz haben, werden aufgefordert, sich bei der Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner in Merseburg zu beteiligen. Dies gilt insbesondere für die Angestellten der Steuerbehörden, die Postbeamten usw. Die politischen Behörden und Steuerbehörden werden hierzu ausgewiesen.

Merseburg, den 10. Januar 1922.

III. V. 1278/21. **Der Wahlleiter.** Klemm, Stadtrat.

Beratungs- und Vermittlungsstelle für den Mittelstand.

Handwerker, welche ihre Wäsche und Kleider neuen entsprechende Behandlung zuteil werden lassen wollen, können dieses in der Zeit von 9—12 Uhr vormittag, nur 9—12 Uhr, Karlstr. 4, Hinterhaus. Dort wird auch in wirtschaftlichen Fragen Rat und Auskunft erteilt.

Merseburg, den 10. Januar 1922.

IV. 4366/21. **Städt. Wohlfahrtsamt.**

Ausbesserung von Kleidung und Wäsche.

Frauen und Mädchen, welche gegen Bezahlung Wäsche ausbessern wollen, können sich jeden Mittwoch, vormittags von 9—12 Uhr, Karlstraße 4, Hinterhaus

Merseburg, den 10. Januar 1922.

IV. 4366/21 **Städt. Wohlfahrtsamt.**

Anschlüsse an das städtische Elektrizitätswerk.

Die zur Verfügung von Anschlüssen zum Anschluß an das Elektrizitätswerk berechtigenden Installateure sind:

Günther Eichmann, Entenplan 6
Paul Rudolph, Lindenstr. 6
Fritz Wagner, Karlstr. 8
Paul Schippe, Gr. Ritterstr. 21
Albert Kühler, Gottbardstr. 33
Otto Schmidt, Karlstr. 13
Max Friedrich, Domstraße 13
Paul Gebel, Delgrabe 15
Otto Häusler, Steinstraße 11.

Landelektrizität Saalkreis Bitterfeld, Halle a. S. Magdeburgerstr. 67.

Installationen, welche von anderen als den vorgenannten Installateuren ausgeführt sind, werden nicht an das Netz des städtischen Elektrizitätswerkes angeschlossen. Bestehende Anlagen wird bei Eingriffen von unbefugten Installateuren der Strom gesperrt.

Merseburg, den 8. November 1921.

VII 282/21. **Der Magistrat.**

Druck und Verlag der Firma Th. Höhner in Merseburg.

Die Einkommensteuer-Erklärungen für 1921

werden in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 abzugeben sein. Es wird darauf hingewiesen, daß Fristverlängerungen im Einzelfalle über den 15. März hinaus nicht bewilligt werden können und daß es sich daher dringend empfiehlt, schon jetzt alle Vorbereitungen für die Abgabe der Einkommensteuer-Erklärungen zu treffen.

Merseburg, den 11. Januar 1922.

Finanzamt.
Bröse.

Ein Waggon
Pfaff-Nähmaschinen
eingetroffen.
Von der einfachsten bis zur eleganteſten Ausführung.
— Solide Preise. —
Gustav Engel Söhne.

Sonntag, den 15. d. M., habe ich eine sehr große Auswahl bestes
ostfriesisches Milchvieh,
ga. frischmilchende **Kühe mit Kälbern,** junge hochtragende Kühe, schöne tragende Färsen, sowie auch gute Zugkühe.
Empfehle dieselben immer noch recht preiswert.
H. Heydenreich, Crumpa b. Müchein.
Telephon 39. — Telephon 39.

Von Sonntag, den 15. d. M., ab steht wieder eine frische Auswahl prima junger, schöner, ostfriesischer, hochtragender und frischmilchender
Kühe u. Färsen
darunter gute Zugkühe, äußerst preiswert zum Verkauf.
Willi Ziegenhorn, Schafstädt, Tel. 32.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0007

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Büro- oder Wohnräume
abzugeben gegen Gewährung zur Fertigstellung. Näheres Neubau Haltestelle Leuna-Tor.

Za. 200 qm Stallungen
mit ebenso groß. Futterböden, Futterküche rc., auch als Lagerräume f. Spediteur passend, sofort zu vermieten. Gefl. Angbr. unt. P. M. 977 an die Exped. d. Bl.

Möbl. Zimmer
mit Mittagstisch zu verm. Lauchstedter Str. 34, 1 Tr.

Junges Ehepaar sucht
möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit. Ang. unt. 975 an die Exped. d. Bl.

Gut möbl. Zimmer
sofort gesucht. Betten und Wäsche vorhanden. Ang. unt. 955 an die Exp. d. Bl.

Tausche meine schöne Wohnung in Merseburg mit gl. in Neu-Rößen.
Ang. u. 969 a. d. Exp. d. Bl.

Mk. 60 000
als erste Hypothek auf ein Geschäftsgrundstück, Mitte der Stadt, für bald gesucht. Gefl. Ang. von Selbstgebern u. K V. 971 a. d. Exp. d. Bl.

Mk. 60—80 000
als zweite Hypothek auf ein Gartengrundstück m. Wohnhaus rc. für bald gesucht. Gefl. Ang. von Selbstgebern u. L. W. 980 a. d. Exp. d. Bl.

Gärtnerei mit Gewächshäusern
evtl. mit kl. Wohnung sofort zu verpachten. Gefl. Anfragen u. H. V 974 a. d. Exp. d. Bl.

Kanonenofen und Kleiderhülle
(42—44) zu kaufen gesucht. Obere Breite Str 18, 1 Tr.

Futterrüben
zu kaufen gesucht
W. Naundorf,
Ob. Breite Str. 4 Tel. 496.

Sonntag, den 15. Jan. 1922 (2. nach Epiphanias).
Gesammelt wird eine Kollekte für das Paul Gerhardt-Stift in Wittenberg.

Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Diak. Wuttke.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Pastor Jenzsch.
Vorm 10 Uhr: **Gottesdienst für Taubstumme in der Herberge zur Heimat.**
Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke.
Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Werther.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Riem.
Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag abend 8 Uhr Versammlung A. d. Geisel 5. Pastor Werther.
Freitag, 8 Uhr: Bibelstde. A. d. Geisel 5. P. Werther.
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag 8 Uhr: Chorgesang i. d. Herberge z. Heimat. Lehrer Busch.
Mittwoch 8 Uhr: Versammlung An der Geisel 5. Pastor Riem.
Ev. Frauenhilfe St. Maximi.
Donnerstag nachmittag 4 Uhr: An der Geisel 5. Frau Pastor Werther.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Boit.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.
Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe Unter-Altenburg 38.
Meuschau. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kretzenstein.

Landeskirchliche Gemeinschaft.
Bibelbesprechstunde jed. Mittw. 8 Uhr Karlstr. 4, H., 1 Tr.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.
Sonntag 8 Uhr Bibelstunde.
Donnerstag 8 Uhr Bibelstunde.

Katholische Kirche. Sonnabend: 5 Uhr Beichte.
Sonntag: ½ 7 Uhr: Beichte.
½ 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½ 10 Uhr: Pfarramt mit Predigt.
2 Uhr: Andacht.
Raundorf. 8 Uhr Gottesdienst.
Neu-Rößen (Schule). ½ 11 Uhr Gottesdienst.

Volksbibliothek Knabenmittelschule Schulstr. 3
Geöffnet Sonntags von 11½—12½ Uhr.

Hermann Ludwig
Statt Karten!
Ein kräftiger, munterer **Junge** angekommen
In dankbarer Freude
Hans Ude und Frau Elisabeth
geb. Himpel.
Merseburg, den 12. Januar 1922.

Schreibmaschinen aller Systeme werden schnell u. sachgemäss **repariert**
Schreibmaschinen-Reparatur-Werkstatt
Tel. **203** Gustav Engel Söhne. Tel. **203**

Durch Unglücksfall verstarb plötzlich und unerwartet am Mittwoch mein lieber guter Mann, mein einziger Sohn
Paul Brauer
im 45. Lebensjahre.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Witwe Berta Brauer und Vater.
Merseburg, den 12. Januar 1922.
Beerdigung findet Montag, den 16. Januar, 3 Uhr von der städtischen Friedhofskapelle aus statt.

Geschlechtskranke!!
verlangen im eigenen Interesse kostenlose Übersendung von Broschüre über Mannesschwäche, Weibesfluß, Syphilis auch ohne Quecksilber und Salvarsan. Vorzüglich wirkende, ärztlich geschützte in reichen und bewährten Mitteln. Keine wertlosen Geheimmittel, keine Phantasiepreise, keine genau angeben, für Porto u. Spesen vier M. beilegen. Präparate durch Apotheken, auf Wunsch durch unsere Versandapotheke.
Spezialarzt Dr. med. Dammanns
Heilinstitute
Berlin W. 131, Potsdamerstraße 123 B.
Sprechstunden: 9—12, 4—7. Sonntags: 10—13 Uhr.

Milchkarrock
umgearb., w. neu, zu verk. Sand 14, ptr.

Wintermantel u. 1 Zachthahn zu verkaufen Bahnstraße 2, 1 Tr.

Noch mehrere Fuhren
Dünger
abzugeb. Kanitzendorfer Werke Leuna-Werke.

1 Stamm Zuchtsäue, 1 Läuferschwein und 1 Kinderwagen
zu verk. Neu-Rößen, Merseburger Str. 79.

Jagdhund,
gelbh. Braunlacker, Rüde, einj., sicherlich stub. gef., gibt ab Rittergut Gr. Kugna bei Frankleben.

4 Hühner, 1 Hahn
zu verkaufen
Weißenfelser Str. 9

Landwirte
desinfizieren die Ställe zum Schutz gegen Seuchen und reinigt Euer Vieh von jeder
Läuseplage in 1 Stunde u. Garantie
mit „Kampalba" B. Rad. kalmittel geg. Kopf- Kleider- Filzläuse samt Brut Nissen. Zu haben in der
Ritter-Drogerie, Werner Mauersberger.

Quittungs-Bücher
für Miete Zinsen, Pacht hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondenz"

Die neuen Postgebühren
auf Karton hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg.

Frisch eingetroffen:
Hasen, auch geteilt
Gänse, auch halbiert
Tauben
empfiehlt
Emil Wolff, Roßmarkt.

Wer erteilt russisch. Unterricht?
Ang. u. 972 a. d. Exp. d. Bl.

Wer schließt Federn?
Angebote mit Preisangabe unt. 973 an die Exped. d. Bl.

Einen Lehrling
stellt Ostern ein
Rob. Ziegenhorn, Bäckermstr. Schmale Str. 1.

Weißnäherin
ins Haus einige Tage gesucht
Helene Ohmann, Haeckelstraße 1.

Suche eine ältere Frau
ohne Anhang zur Führung eines kleinen Haushaltes. Ang. u. 970 a. d. Exp. d. Bl.

Eine tüchtige Waschfrau
wird bei hohem Lohn sofort gesucht Müllers Hotel.

Ehrl., fleiß., zuverlässig.
Mädchen
zum 1. 2. 22 sucht
F. Müller, Neu-Rößen, Bahnhofplatz 13, Friseur-Geschäft.

Unabhängige Frau oder Mädchen als
Aufwartung
für einige Stunden des Tages gesucht E. Weber, Clobikauer Str 24

Jüng. Mädchen als Aufwartung z. 15. 1. 22 gesucht Hälterstraße 25, pt.

Junges Mädchen für sofort als
Aufwartung
gesucht Neumarkt 42

Eine braune
Ledergamasche
am Dienstagabend o Söchen bis Zweimen **verloren!** Geg. Belohnung abzugeben Zweimen Nr. 30.

Verein zur Hebung der Geflügelzucht
für Merseburg u. Umg.
Der zur
Feier des zehnjährigen Bestehens
des Vereins beschlossene
Festball
findet Sonnabend, den 14. d. M., im Neuen Schützenhaus statt. Anfang 7 Uhr abends. Gäste und Freunde der Geflügelzucht sind willkommen.
Der Vorstand.

8 ung! **Ober-Benna.** 8 ung!
Sonntag, den 15. Januar 1922,
Großer Maskenball
des Kaninchenzüchter-Vereins Ober-Benna.
1 Damen- und Herren-Preis, erstkl. Rossetteure sowie weitere Preise.
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Rheingold.
Sonntag, im grossen Saale,
KONZERT
ausgeführt von der Stadtkapelle unter persönl. — Leitung des Musikmeisters Franke. —
Anschliessend: **BALL.**
Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Die Hilfe
Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
Begründer: Friedrich Naumann.
Herausgeber Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer.
In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe" alle zukunftsgläubigen Deutschen zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.
Probehefte kostenfrei. Vierteljahrespreis 20 Mk.
Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Bei der morgen Sonnabend, in der „Funkenburg" stattfindenden **Versteigerung** (siehe Ins. v. 12. d. M.) kommt noch
1 Salon, bestehend aus: 1 Sofa, 2 Sesseln — rotseidenen Empiredecke — 1 Mahagoni-Tisch und 1 Mahagoni-Salonschrank sowie ein Räucherofen zum Verkauf.
Albert Franke, beeid. Auktionator

Zu kaufen oder zu pachten gesucht:
Einen Schuppen oder Gelände
mit Gleisanschluß möglichst in der Nähe des Güterbahnhofes.
Angeb. erbet. unt. 952 an die Exp. d. Bl.

Marder und Iltis
kauft zu höchsten Tagespreisen
Frau Irmisch, Johannisstr. 16.

Zigaretten
GOLD orientalischer Tabak
Mein Schlager ohne Mundstück . 240.—
je zur Hälfte geg. Nachn. nicht unter 1000 Stck.
liefert prompt **M. Glaser, Leipzig 14,**
Katharinen Straße 17. Telephon 3918.

Optikermstr. Fischer
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich **richtige** Augengläser
Erstes optisches **Spezial**-Geschäft am Platze

Kleine Fuhren
für 2 kleine flotte Pferde, auch nach auswärts, werden angenommen
Walter Sanitz, Domstr. 14.

Bekanntmachung.

Betrifft: Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug vom 1. Januar 1922 ab.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohne vom 11. Juli 1921 ist vom Landesfinanzamt Magdeburg der Wert der Natural- und Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn nach Benehmen mit den Berufsvertretungen für den Bezirk des Landesfinanzamts Magdeburg einheitlich bis auf weiteres folgendermaßen festgesetzt:

I. Wert der freien Beköstigung, Wohnung, sowie Heizung und Beleuchtung.

Gruppe	Beköstigung Tag ℳ	Woche ℳ	Mon. ℳ	Jahr ℳ	Wohnung Tag ℳ	Woche ℳ	Mon. ℳ	Jahr ℳ	Heizung und Beleuchtung Tag ℳ	Woche ℳ	Mon. ℳ	Jahr ℳ
I. Betriebsbeamte, Werkmeister, Angestellte in höheren Stellungen, Büroangestellte, die nicht mit niederen oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, Handlungs- und Apothekergehilfen, Lehrer und Erzieher, Bühnen- und Orchestermitglieder, Hausdamen und Gesellschafterinnen, Wirtschafterinnen, Stützen und Haushälterinnen (letzten drei mit Aufsichtsbefugnissen über Untergebene):												
1. in Großstädten über 100 000 Einwohner	13	91	395	4745	1,50	10,50	45	547	0,50	3,50	15	182
2. in Mittelstädten von 20 000 bis 100 000 Einwohner	12	84	365	4380	1,30	9,—	39	474	0,50	3,50	15	182
3. in kleinen Städten und auf dem platten Lande	10,50	73	319	3832	1,10	7,50	32	401	0,50	3,50	15	182
II. Gewerbegehilfen, Gesellen, Arbeiter:												
1. in Großstädten über 100 000 Einwohner	12	84	365	4380	1,30	9,—	39	474	0,50	3,50	15	182
2. in Mittelstädten von 20 000 bis 100 000 Einwohner	11	77	334	4015	1,20	8,—	36	434	0,50	3,50	15	182
3. in kleinen Städten und auf dem platten Lande	10	70	304	3650	1,—	7,—	30	365	0,50	3,50	15	182
III. Dienstboten und Hausangestellte, Lehrlinge aller Art, soweit sie nicht unter I und II fallen, Waschfrauen Aufwarteerinnen und Näherinnen:												
1. in Großstädten über 100 000 Einwohner	10	70	304	365	1,10	7,50	33	401	0,50	3,50	15	182
2. in Mittelstädten von 20 000 bis 100 000 Einwohner	8	56	243	2920	1,—	7,—	30	365	0,50	3,50	15	182
3. in kleinen Städten und auf dem platten Lande	7	49	213	2555	0,70	5,—	21	255	0,50	3,50	15	182

Anmerkung: Bei teilweiser Beköstigung ist zu rechnen: für das erste Frühstück 10 %, für das Zweite 15 %, für Mittag 40 %, Vesperbrot 15 %, Abendbrot 20 % der vollen Beköstigung. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird von Fall zu Fall festgesetzt.

II. Wert der Natural- und Sachbezüge der Deputatempfänger auf dem Lande.

1. Wohnung:
Stube	Jahreswert	ℳ 60.—
Kammer	„	„ 45.—
Küche	„	„ 45.—
Boden	„	„ 15.—
Keller	„	„ 15.—
3 Stallgelasse zu je 10 ℳ	„	„ 30.—
	Summa	ℳ 210.—

2. Deputatland:
Das Deputatland ist mit dem Betrage anzurechnen, der sich aus den Lohn-Tarifvereinbarungen ergibt.

3. Getreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln:
Getreide je Zentner	105.—
Hülsenfrüchte je Zentner	200.—
Kartoffeln je Zentner	35.—

4. 1 Zentner Stroh oder Streustroh, wenn es nicht als Dünger abgegeben wird . . . ℳ 15.—
5. 1 Pferdegespannstunde . . . ℳ 12.—
6. 1 Ochsengespannstunde . . . ℳ 9.—
7. Kost je Kopf und Tag . . . ℳ 8.—

Die Bewertung der den Bergarbeitern gewährten freien Werkswohnungen hat nach den ortsüblichen Preisen zu erfolgen. Die den Bergarbeitern zur Verfügung gestellte freie Wohnung ist nur dann mit dem Betrage des ein- oder mehreren Wohnungsgeldzuschusses anzusetzen, wenn dieser sich mit dem ortsüblichen Mietwert der freien Wohnung deckt. Wenn dagegen der Mietwert der freien Wohnung höher ist als der einbezogene Wohnungsgeldzuschuß, ist der ortsübliche Mietwert anzusetzen.

Die Bewertung des Kohlendeputats hat nach dem Großhandelspreis abzüglich 25 % zu erfolgen.

Magdeburg, den 31. Dezember 1921.

Der Präsident des Landesfinanzamtes
Schwartz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220113-16/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 10,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 11,50 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld.
Einzelnummer 50 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 60 Pfg., im Reklameteil 3,00 Mk., für Ehrenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanzigmal erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 11 — Freitag den 13. Januar 1922 — 48. Jahrg.

Demission des Briand-Kabinetts — Poincaré Briands Nachfolger!

Der Dolchstoß Poincarés.

Die französischen und englischen Zeitungskorrespondenten berichten über das herrliche Vorfrühlingswetter in Cannes. Es wird erzählt, wie Briand von Lloyd George das Golfspiel erlerne. Auch die politischen Berichte klangen zuversichtlich. Das ganze erweckte den Anschein, als ob es sich um eine harmlose Zusammenkunft im Grünen, um eine schöne Vorfrühlingsidylle handele. Dieser stille Frieden hat nicht lange gedauert! Über der Lichtstadt Paris war plötzlich eine dunkle Wolke aufgestiegen, dumpfes Donnerrollen wurde in Cannes hörbar. Briands politische Gegner, an ihrer Spitze Raymond Poincaré, haben dieses nicht ungefährliche Vorfrühlingsgewitter inszeniert. Während Briand mit Lloyd George frühstückte, und während Lloyd George die geschickte Hand Briands lobte, waren die Deputierten und Senatoren im Palais Bourbon, in der Kammer, im Palais Luxemburg, im Senat und auch im Elysée beim Präsidenten Millerand tätig. Die Stunde der Opposition war günstig, also mußte sie genutzt werden. Und den ersten Dolchstoß hat Poincaré selbst geführt. Als Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat er es verstanden, eine Resolution durchzudrücken, die so gehalten war, daß Briand plötzlich seine Koffer packen und nach Paris eilen mußte.

Damit, daß die französischen Ansprüche unangetastet und unberührt bleiben sollten, damit hat man sich im Senatsausschuß nicht zufrieden gegeben. Das Londoner Ultimatum selbst, dieser irrsinnige Zahlungsplan, sollte unverändert aufrecht erhalten bleiben, und irgendwelche Änderung, die aus Vernunftsgründen erfolgen muß, bedeutete für die französische Opposition ein Sakrileg. Auch das englisch-französische Bündnis hatte große Befürchtungen erregt, da man vermutet, daß dieses Bündnis nur eine Etappe auf dem Wege zur allgemeinen europäischen Verständigung darstellen könne. Wenn Frankreich mit England ein Bündnis schließt, so will es dieses Bündnis als eine Kompensation dafür, daß es feierlich auf die Annexion des linken Rheinufers verzichtet hat. Frankreich oder die französische Opposition will aber kein Bündnis, das unter Umständen ein Hemmschuh für die französische Gewaltpolitik gegen Deutschland, für die Politik der widerrechtlichen Sanktionen sein könnte.

Briand ist es nicht gelungen, die hochgehenden chauvinistischen Wogen in der französischen Kammer zu glätten. Seine Ausführungen wurden dort mit ironischem Beifall aufgenommen und Briand zog schnell die Konsequenzen dieser „parlamentarischen Unbaukbarkeit" und demissionierte. Was sind die Folgen dieser Demission? Zunächst das Scheitern der Canner Konferenz! Denn es hat keinen Zweck, ohne Frankreich weiter zu verhandeln. Die übrigen französischen Delegierten und Sachverständigen verlassen die schönen und sonnigen Gestade von Cannes und reisen nach Paris. Lloyd George, der so plötzlich Vereinsamte, kann seinen Garantievertrag wieder in die Tasche versenken; er verlässt ebenfalls Cannes und damit ist das Schicksal der Konferenz besiegelt.

Wird der Rücktritt des Kabinetts eine weitere Isolierung Frankreichs auslösen oder auch die Wirtschaftskonferenz in Genua in Frage stellen? Darüber wird hoffentlich schon die nächste Zeit Aufschluß geben.

Für Deutschland begann die Konferenz von Cannes mit der leisen Hoffnung für den Sieg der politischen Vernunft und endete mit dem Triumph des brutalen französischen Siegerwillens! Zu einer Verständigung, die schon in Sehweite zu spüren war, hat es dennoch noch weite Wege. Das ist für Europa und im besonderen für Deutschland überaus schmerzlich. Aber es ist doch schließlich nur ein Rückschlag, mit dem gerechnet werden mußte. Die Verständigung selbst läßt sich nicht aufhalten, sie kommt, weil sie kommen muß . . .

*

Briand vor der französischen Kammer.

Aus Paris wird uns vom Freitag berichtet: Nach einer Antrittsrede des wiedergewählten Präsidenten Raoul Peret ergriff

Ministerpräsident Briand

das Wort, um eine Erklärung abzugeben. Die Kammer ist stark besetzt. Mehr als 500 Abgeordnete sind anwesend. Briand beginnt damit, zu erklären, ob es nicht Pflicht des Vertreters Frankreichs sei, sich jetzt anderwärts zu befinden. (Widerspruch rechts.) Aber er habe geglaubt, es sei seine Pflicht, dem Lande und dem Parlament die Wahrheit zu sagen, um die lügenhaften Nachrichten zu widerlegen. Seitdem er auf der Konferenz in Cannes weile, seien Nachrichten verbreitet worden, die unrichtig seien. Briand erinnert an die Erklärungen, die er als Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Klotz gegeben hat, und fährt fort, die Regierung stellt das Parlament nicht vor vollendete Tatsachen. Sie gebe Auskünfte über die Verhandlungen, was noch wenige Regierungen getan hätten. Sie gebe Erklärungen ab, während die Konferenz noch mitten in den Arbeiten stehe. Ob die Verhandlungen erweitert werden, ist nicht sicher, aber es scheint nötig zu sein, um die Beunruhigung der öffentlichen Meinung zu verscheuchen. Man spricht viel vom Frieden, aber es genügt nicht, davon zu reden. Man muß auch den Mut haben, die erforderlichen Taten zu unternehmen, damit er realisiert werden kann. Sonst könnten die Völker noch lange auf ihn warten. Für ein Volk wie das französische genüge es nicht, daß seine Grenzen garantiert seien. Es gibt Grenzen, die noch kein Friedensvertrag anerkannt hat, über die jeden Augenblick ein Krieg sich entspinnen kann. Frankreich kann sich nicht desinteressieren, denn wenn das heute kommt, kann es morgen ein Opfer werden. Es ist eine Notwendigkeit für die Völker, sich zu vereinigen, um Ordnung in diese Unordnung zu bringen und Sicherheit in dies Chaos. Der Versailler Friedensvertrag kann nicht den Gegenstand einer Diskussion bilden, und die Garantien, die die Sicherheit Frankreichs gewährleisten sollen, stehen außerhalb der Debatte. Davon kann man nicht abgehen. Die Tagesordnung der Konferenz von Genua sei wirtschaftlicher Art. Was hätte man von den Vertretern Frankreichs gelangt, wenn ohne sie entschieden worden wäre? Der Ministerpräsident wird von verschiedenen Seiten unterbrochen, fährt aber fort, er sei überzeugt, daß, wenn Deutschland gewußt hätte, daß ein Bündnis zweier Großmächte wie Frankreich und Großbritannien bestanden hätte, es nicht zum Kriege gekommen wäre. Was die Reparationen aber betreffe, so habe die Reparationskommission das Recht,

mit Mehrheit Zahlungsaufschub zu bewilligen.

Briand demissioniert endgültig.

Paris, 13. Jan. Briand erklärte gestern abend Pariser Journalisten, sein Entschluß, zurücktreten, sei endgültig. Er würde unter den gegenwärtigen Umständen nicht bereit sein, das Amt des Ministerpräsidenten wieder zu übernehmen. Man könne nur mit einer festen Mehrheit, die mit der Regierung zusammenarbeite, die Geschäfte führen. Besonders unter den gegenwärtigen ernsten Umständen sei diese Mitarbeit unerläßlich. Er — Briand — habe nicht den Eindruck gehabt, daß diese Mehrheit die Regierung kräftig genug unterstütze. Es sei nicht genug, daß nach einer Rede applaudiert werde. Briand sprach sein Bedauern aus, daß die Ergebnisse, die man in Cannes erzielt habe, nicht richtig abgeschätzt worden seien. Schon bezüglich der Reparationen hätten die Alliierten Frankreichs zu opfern bereit erklärt, ohne daß die Rechte Frankreichs im geringsten vermindert wurden. Was die Besprechungen mit England anaehe, so hätten diese zu einem Vorentwurf geführt, der hervorragenden Wert für die Sicherheit der beiden Länder und für den festen Bestand ihrer gegenseitigen Beziehungen darstelle. Briand hob hervor, daß dieser Vorentwurf die Sicherheiten, die den Vertrag von Versailles Frankreich biete, ganz und gar nicht vermindere. Sie seien beträchtlich verstärkt. Er habe die bestimmte Hoffnung, daß sein Nachfolger die diplomatischen Besprechungen zu Ende führen werde. Briand sagte zum Schluß, er sei gezwungen gewesen, seine Demission zu geben, weil er andernfalls der Diskussion der angekündigten Interpellationen hätte zustimmen müssen. Auf die Interpellationen würde er aber nicht haben antworten können. Ebenso wäre es ihm unmöglich gewesen, den Schluß der Debatte abzuwarten, ohne daß die Arbeiten des Obersten Rates unterbrochen würden, und das letztere sei unmöglich gewesen.

Die Formalitäten für den Abschied des Kabinetts Briand.

Paris, 13. Jan. (WTB.) Die letzte Zusammenkunft der Minister des Kabinetts Briand mit dem Präsidenten der Republik Millerand hat von 4 Uhr 35 Min. bis 5 Uhr 5 Min. nachmittags gedauert. Briand unterrichtete den Präsidenten der Republik über den Verlauf der Kammersitzung und kündigte ihm seinen endgültigen Entschluß an, zurückzutreten. Gleichzeitig übergab er ihm die Kollektivschreiben der Kabinettsmitglieder. Dies Schreiben ist kurz und in der üblichen Form gehalten. Präsident Millerand nahm die Demission an, sprach in bewegten Worten sein Bedauern über den Beschluß Briands aus und dankte den Kabinettsmitgliedern für ihre Mitarbeit. Er bat die Mitglieder der Regierung, die Geschäfte bis zur Behebung der Krise fortzuführen. Beim Verlassen des Elysees erklärte Briand: Meine Demission ist endgültig. Ich hätte nur an die Spitze einer Regierung treten können, wenn ich das Gefühl gehabt hätte, daß man mich besser unterstütze. Es läßt klar, er werde selbstverständlich nicht nach Cannes zurückkehren. Seine Demission werde aber sicher nicht das Zustandekommen der Konferenz von Genua in der vorgesehenen Weise verhindern.

Briands Abschied an Lloyd George.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Teleqr.) Briand hat an Lloyd George im Verlaufe des gestrigen Abends folgendes Telegramm gesandt: „Angesichts der politischen Umstände, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es mir nicht möglich sei, den Platz als Ministerpräsidenten weiter inne zu haben. Nachdem ich die Demission des Kabinetts dem Präsidenten der Republik übergeben habe, kann ich nicht mehr nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte Sie, diese Tatsache unseren Delegierten-Kollegen mitzuteilen und ihnen gleichzeitig mit meiner Entschuldigung das Bedauern auszudrücken zu wollen, das ich darüberhaben mußte, daß ich die Mitarbeit mit ihnen aufgeben muß. Was Sie, mein lieber Herr Lloyd George angeht, fühle ich mich besonders peinlich berührt, daß ich nicht mit Ihnen die Unterhaltungen zu Ende führen konnte, die wir im Interesse unserer beiden Länder und im Interesse des Friedens in Europa begonnen hatten und die ich so glücklich gewesen wäre, zu einem guten Endresultat zu führen. Ich hoffe, daß mein Nachfolger diese Unterhaltung mit Ihnen wieder aufnehmen wird und daß er glücklicher als ich, die Ziele verwirklichen kann, die wir im Auge haben. Ich bitte Sie, der Ausdruck meiner besten und ergebensten Gefühle entgegenzunehmen."

Frankreich in der Klemme.

Paris, 13. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Bei der Übernahme des Amtes des Präsidenten des Senates hielt Leon Bourgeois eine Rede, in der er zunächst auf die schwierige finanzielle Lage Frankreichs zu sprechen kam und andeutete, daß möglicherweise eine weitere Erhöhung der Steuerlasten nötig sein werde, eine Verminderung der Ausgaben und eine energische Reform der Verwaltungsmethode im Sinne einer Vereinfachung und Dezentralisation. Die ernsteste Frage der auswärtigen Politik sei die der Ausführung des Friedensvertrages. Tatsächlich sei er bis heute auch noch nicht ausgeführt. Frankreich hat bis heute das, worauf es Anspruch habe, nicht erhalten. Deutschland erkläre, daß es nicht zahlen könne. Die Unrichtigkeit dieser Versicherung springe in die Augen (!). Deutschland besitze im Auslande beträchtliche Werte. Während Deutschland einen Teil seines Aktivums verheimliche, miniere es sich im Innern des Landes freiwillig (!), indem es unablässig seine Ausgaben vermehre und es ablehne, seine Steuerlasten ebenso hochzusehen, wie sie in Frankreich seien. Dabei sei die Wirtschaftskraft Deutschlands im wesentlichen unaeschwächt. Seine Taktik sei klar: Deutschland sei nur darauf aus, die Alliierten zu verunreinigen. Es sei sicher, daß es seine Regierung in Frankreich gebe, die eine Verminderung der Ansprüche Frankreichs, die sich aus dem Zahlungsstatut ergeben, zustimmen würde.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Bourgeois auf die Konferenz von Cannes zu sprechen und äußerte die Hoffnung, daß sie zu einem Bündnis zwischen Frankreich und England führen werde. (Beifall.) Zum Schlusse kam Redner auf die abscheuliche Kampagne zu sprechen, die gegenwärtig gegen Frankreich zu dem Zweck geführt werde, es zu isolieren und sein moralisches Ansehen zu schwächen. Er legte Verwahrung ein gegen den Vorwurf des Militarismus und Imperialismus. Frankreich sei immer für die Verteidigung des Rechtes und der Freiheit eingetreten.

Dr. Rathenau vor dem Obersten Rat.

Paris, 13. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Über den Bericht Rathenaus vor dem obersten Rat berichtet Havas: Dr. Rathenau hat im Namen der deutschen Regierung vor dem Obersten Rat Erklärungen zu der Frage der Wiedergutmachungen abgegeben. Er erklärte, Deutschland sei bereit, eine Ökonomie der Reichsbank herbeizuführen. Deutschland sei auch ferner bereit, sich an der Wirtschaftskonferenz in Genua zu beteiligen, ebenso am Wiederaufbau Rußlands durch wirtschaftliche und technische Mitarbeit. Der Oberste Rat antwortete nicht. Lloyd George dankte Dr. Rathenau für seine Ausführungen und teilte ihm mit, eine Antwort auf seinen Bericht würde durch die Reparationskommission erfolgen.

Die Aufbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches beschlossen.

Berlin, 13. Jan. (Pr.-Teleqr.) Die mehrtägigen Verhandlungen über die durch die Teuerung weiter nötig gewordenen Aufbesserungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches sind gestern abend im Reichsfinanzministerium zu Ende geführt worden. Zwischen den Vertretern der Reichsregierung und dem Beamtenrat der Organisationen wurde unter Zurückstellung weitergehender Wünsche ein Einvernehmen erzielt, das einen Ausgleich zwischen den für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gewährten Verbesserungen festlegt. Auch die Pächter, die Beamten im Vorbereitungsdienste, die Pensionäre und die Hinterbliebenen sollen an den Verbesserungen in entsprechender Weise teilnehmen. Einzelne Fragen werden noch in besonderen Verhandlungen erledigt werden. Die Regierung wird bestrebt sein, dem Reichstag die notwendige Vorlage bei seinem Wiederzusammentritt zu unterbreiten, in daß im Falle der Genehmigung der erhöhten Bezüge diese in Bälde zur Auszahlung kommen können.

Die Aufbesserungen für die Staatsarbeiter werden wie folgt festgesetzt: 1. Am 1. Januar 1922 erhalten die Reichs- und Staatsarbeiter über 20 Jahre eine Stundenlohnerhöhung von 75 J, 2. als Stichtag gilt der 12. Dezember, d. h. wer zu diesem Zeitpunkt im Dienste der Verwaltung stand, erhält diese Bezüge; 3. in allen Fällen, wo der Lohn der Privatarbeiter höher ist als der der Eisenbahner, soll eine Anrechnung durch Gewährung von Aberteuerungszuschüssen stattfinden.

Poincaré mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Teleqr.) Präsident Millerand berief gestern abend Poincaré ins Elysee und ersuchte ihn, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Poincaré erklärte, er werde heute mit mehreren seiner Freunde Rücksprache nehmen und im Laufe des Tages dem Präsidenten antworten.

Das Ende der Konferenz in Cannes.

Paris, 13. Jan. (Priv.-Teleqr.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Cannes: Minister Loucheur hat die Demission des Kabinetts im Laufe der Sitzung des Obersten Rates gegen 5 Uhr nachmittags erfahren. Er erklärte den Chefs der alliierten Delegationen, er befinde sich in der Notwendigkeit, Cannes zu verlassen. Trotz des Ersuchens Lloyd Georges beharrte Loucheur dabei, abzureisen. Der Oberste Rat hat die Mitgliedes der Reparationskommission angeliedert, um nach Loucheurs Abreise die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern fortsetzen zu können. Erst nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts kann die Rede von einer Einberufung eines neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegation verließ gestern abend mit Loucheur Cannes. Der Rest reist heute abend ab. — Lloyd George verläßt Cannes am Sonntag.

Englands Auffassung über den Pariser Kabinettswechsel.

London, 13. Jan. (Priv.-Teleqr.) Die Londoner Politik zog, wie früher berichtet, Briands Sturz bei dem Verlaufe der Reparationsgewärtig sein wolle, einen Dolchstich zu erhalten. Der Ministerpräsident müsse eine völlig unantastbare Autorität haben. Er könne nicht sagen, daß er die nötige moralische Kraft besitze. Er habe von weitem gefühlt, daß er nicht das volle Vertrauen besitze, er bleibe aber dabei, daß die Verhandlungen mit den Alliierten Frankreichs nützlich seien. In keinem Augenblick seien die Interessen Frankreichs vernachlässigt worden, aber jetzt seien andere an der Reihe.

Weiter hat Briand nichts gesprochen. Mit einer Geste der Einmütigkeit verläßt er die Rednertribüne und begibt sich auf seinen Platz. Zum Erstaunen einer großen Anzahl Deputierter nimmt Briand seine Mappe unter den Arm und

verläßt mit allen Ministern die Kammer.

Die Sozialisten schreien: Auflösung! und der Kammerpräsident hebt die Sitzung auf, die er unter allgemeiner Erregung um 4.40 Uhr auf Donnerstag vertagt.

Nachdem Briand in der Kammer seine Erklärungen abgegeben hatte, in der er seine Haltung in Cannes rechtfertigte, begab er sich ins Elysee, wo die Demission des Ministeriums mitzuteilen. Der Präsident der Republik, Millerand, hat die Demission des Kabinetts Briand angenommen.